

Inhaltsverzeichnis

1. Zusammenfassung	5
2. Vorbemerkung	6
3. Kosovo – Historische Anmerkungen	7
4. Kosovo im Jugoslawien Titos	13
5. Der Status des Kosovo seit 1974	16
6. Die serbische Antwort auf die "Jugoslawische Frage"	19
7. Die Aufhebung des Autonomiestatus des Kosovo und die Folgen	21
8. Die Evolution des kosovarischen Widerstands	26
9. Der Kosovo-Krieg: Ausblick und Erkenntnisse	38
10. Nachtrag: Bestandsaufnahme und Ausblick nach dem Ende der Kampfhandlungen	41

1. Zusammenfassung

Spätestens mit Beginn der Nato-Luftschläge gegen Jugoslawien ist der Kosovo-Konflikt in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gerückt. Über den dramatischen Bildern, die von den Medien tagtäglich vermittelt werden, wird aber leicht die Frage nach den tieferen Wurzeln des Konflikts, seiner historischen und sozialen Genese verdrängt.

Zugespitzt läßt sich sagen, daß hinter der Auseinandersetzung, deren Anfänge sich mindestens bis zur Auseinandertrennung albanischer Siedlungsgebiete nach den Balkankriegen (1913) verfolgen lassen, zwei antagonistische Einstellungen stehen: zum einen die aus dem Romantischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts stammende "Großserbische" Ideologie, für die die Integration des Kosovo, des "serbischen Jerusalem", unverzichtbar ist, zum anderen ein traditionelles Autonomiestreben der Kosovo-Albaner, das tiefe soziokulturelle Wurzeln hat.

Dieser grundsätzlich unvereinbare Gegensatz wurde für lange Zeit durch das "Jugoslawische Modell" Titos eingefroren und mußte in dem Maß wieder aufleben, in dem dieses Modell sein Scheitern offenbarte.

Bei der Suche nach Lösungsmöglichkeiten ist zu berücksichtigen, daß die "Großserbische" Ideologie in ihrer gegenwärtigen Fassung, für die der Kosovo unveräußerlicher Bestandteil Serbiens ist, eigentlich die Funktion hat, ein wesentliches Defizit zu verdecken: Der Amselfeld-Mythos ist das Feigenblatt vor der bisher nicht gelungenen bzw. noch gar nicht ernsthaft versuchten Transformation Serbiens hin zu einer wirklich offenen Gesellschaft.

So gesehen ist eine echte Lösung des Kosovo-Konflikts nur nach einer echten Demokratisierung Serbiens vorstellbar. Eine solche Entwicklung ist aber ohne eine überzeugende Hilfestellung des restlichen Europas kaum vorstellbar.

2. Vorbemerkung

Am 24. März 1999 begann die Nato, Luftschläge gegen die militärische und - teilweise- auch zivile Infrastruktur Serbiens auszuführen. Dem militärischen Eingreifen waren langwierige vergebliche Verhandlungen vorausgegangen, die das Ziel haben sollten, die massive Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch die serbischen Behörden unter militärischer Absicherung zu beenden.

Das militärische Eingreifen der Nato wurde aber nicht nur von den massiven Menschenrechtsverletzungen motiviert, sondern auch von der gut zu begründenden Annahme, daß ein unkontrolliertes Weiterschwelen des Kosovo-Konfliktes katastrophale politische und sicherheitspolitische Konsequenzen haben könnte, die weit über den regionalen Rahmen hinausgehen. Es mußte und muß davon ausgegangen werden, daß der Kosovo¹-Konflikt nicht nur das Potential hat, weite Teile Südosteuropas zu destabilisieren, sondern darüber hinaus sogar zum Spaltpilz für die weitere Integration Europas werden kann.

Würde man den Konflikt sich selbst überlassen, so eine wesentliche Befürchtung, dann könnte z.B. die folgende Kettenreaktion einsetzen:

Es müßte dann damit gerechnet werden, daß Belgrad, um den Nachschub für die UOK² abzuschneiden, eine Art "Sicherheitszone" in Nordalbanien zu errichten sucht, was gleichbedeutend mit einer endgültigen Destabilisierung der ohnehin sehr prekären staatlichen Identität Albaniens wäre. In einem solchen Fall könnte nicht ausgeschlossen werden, daß Griechenland sich genötigt fühlen wird, zum Schutz der griechischen Minderheit in Südalbanien ("Nordepirus") eine militärisch gestützte Präsenz zu entwickeln, was den mit Albanien in vielfacher Hinsicht - auch über militärische Kooperationsabkommen - verbundenen Intimfeind Türkei auf den Plan rufen könnte und zumindest eine gefährliche Verhärtung türkischer Positionen zu diffizilen Fragen, wie der Zypernfrage und den Hoheitsgrenzen in der Ägäis, verursachen würde. Da es sich hierbei um Mitglieder der Nato handelt, bedarf es keiner großen Phantasie, um sich letztendlich das "Spaltpilz"-Potential des Kosovo-Konflikts mit Blick auf die westliche Allianz vorzustellen.

Es kann nicht bestritten werden, daß die militärischen Aktionen der Nato unter völkerrechtlichen Aspekten mit einigen Fragezeichen zu versehen sind. Alles in allem kann man sich meines Erachtens aber letztendlich einer Befürwortung mit jenen guten Gründen anschließen, wie sie Karl-Heinz Kamp formuliert hat.³ Seine Argumentation

¹ Im folgenden soll im Deutschen von "das Kosovo" die Rede sein, in Anlehnung an den serbischen Begriff "kosovo polje" ("Amselfeld"), der neutrum ist. Die Präferenz für die Anlehnung an den serbischen Begriff im Gegensatz zum albanischen "Kosov_L" (bestimmte Form: "Kosova") hat ausschließlich damit zu tun, daß der serbische Begriff historisch älter ist.

² UOK: "Ushtria Clirimtare e Kosovës" (Befreiungsarmee von Kosovo), wichtigster militärischer Faktor auf seiten der Kosovo-Albaner, der seit Herbst 1998 auch die politische Meinungsführerschaft im Spektrum der politischen Gruppierungen der Kosovo-Albaner erlangt hat.

³ Vgl. Kamp, Karl-Heinz: UN-Charta nicht alleinige Richtschnur, in: Focus, Nr. 14, 1999, S. 30.

läuft auf den Schluß hinaus, daß ein Völkerrecht, das humanitäre Intervention verbieten würde, sich selbst ad absurdum führen müßte. Die vorliegende "Aktuelle Analyse" wurde in der ersten Maiwoche 1999 abgeschlossen, also zu einem Zeitpunkt, als noch kein Ende der Intervention der Nato und der serbischen Vertreibungspolitik abzusehen war. Unter diesem Aspekt, nämlich weil ein konkretes Ende noch nicht beschreibbar ist, muß die vorliegende Darstellung natürlich fragmentarischen Charakter haben.

3. Kosovo - Historische Anmerkungen

Es ist ein Hauptcharakteristikum der serbisch-albanischen Auseinandersetzung um das Vorrecht auf den Kosovo, daß diese Auseinandersetzung mit historischen Argumenten geführt wird. Damit wird von beiden Konfliktparteien - in etwas höherem Maß von der serbischen als von der albanischen Seite - ein Argumentationstyp ins Feld geführt, der, grob gesagt, in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den Romantischen Nationalismus, wie er vor allem von den politisierenden Literaten Südosteuropas entwickelt wurde, bestimmte.

Dieser Romantische Nationalismus⁴ war vor allem durch die folgenden Komponenten gekennzeichnet:

1. Beschreibung einer quasi idealen Vergangenheit, die als Modell für den zukünftigen Zustand der "Nation" dienen soll,
2. Konstatierung des *Wieder-Erwachens* der Nation, die sich zunehmend ihrer selbst und ihrer Bestimmung bewußt wird,
3. Behauptung historischer Kontinuität im Bestehen der "Nation", wobei der Umstand einer gewissen "Selbstvergessenheit" - z.B. während der "dunklen" Periode Osmanischer Herrschaft - nichts am Faktum der Kontinuität ändert. Darum ist das "Erwachen" der Nation immer ein "Wieder-Erwachen" bzw. eine "Wieder-Geburt" (serbisch: "preporod", albanisch: "rilindja").

Im Kosovo-Konflikt stoßen im wesentlichen - zumindest auf der ideologischen Ebene - zwei sich in hohem Maß gegenseitig ausschließende romantische Nationalismen aufeinander:

Die Albaner vertreten die These, daß sie die direkten Nachfahren der Illyrer sind, die ihrerseits bereits lange vor der slawischen Landnahme auf dem gesamten Balkan, einschließlich dem Kosovo, zu finden waren.

Die offizielle serbische Historiographie wiederum bestreitet die These von der illyrisch-albanischen Kontinuität mit Bezug auf die Siedlungsgeschichte des Kosovo und läßt die albanische Besiedlung des Kosovo erst Ende des 17. Jahrhunderts

⁴ Zum romantischen Nationalismus in Südosteuropa vgl. u.a.: Lange, Klaus: Versuch über südost-europäische Politik - Studien zum Problem des historischen Subjekts in der politischen Theorie, München 1979, S. 133ff.

einsetzen, als eine durch die Osmanische Expansion provozierte Massenauswanderung von Serben stattfand, die den Albanern die Möglichkeit gegeben habe, das entleerte Land zu besiedeln.⁵ Darüber hinaus, so die serbische Argumentation, sei zur Zeit der Hochblüte des mittelalterlichen serbischen Reiches das Kosovo das politische, wirtschaftliche und religiöse Herzland des Serbentums gewesen und deshalb besitze das Kosovo für die Serben eine ähnliche Bedeutung wie Jerusalem für die Juden.

Wenn im folgenden der Versuch gemacht wird, die oben skizzierten, historischen Thesen einer etwas differenzierenderen Betrachtungsweise gegenüberzustellen, so soll auf keinen Fall damit einer Denkweise das Wort geredet werden, daß derjenige, der "zuerst da war", auch ungeachtet der konkreten Situation, Herrschaftsansprüche auf das betreffende Gebiet habe. Würde man ein solches Prinzip für allgemein verbindlich erklären, dann wäre in zahllosen Fällen eine aberwitzige Umkehr von Gebiets- und Herrschaftsansprüchen die Folge: Im südlichen Afrika würden die San (Buschmänner) mit Recht die Vorherrschaft fordern, die Ainu auf einige der japanischen Inseln, in Südtirol würden sich - je nach historischer Betrachtungsweise - deutschsprachige Südtiroler und Italiener gegenseitig zu verdrängen suchen, die Bayern hätten ältere Ansprüche auf einige Regionen des Veneto und Friauls als die Italiener, ganz zu Schweigen vom Fall der Indianer Nordamerikas und einiger Völker Sibiriens.

Ganz abgesehen davon, daß die Frage "Wer war zuerst da?" sich schon deshalb so gut wie nie eindeutig beantworten läßt, weil die als Kandidaten zur Verfügung stehenden Ethnien selbst einem fortlaufenden Änderungsprozeß unterworfen sind, ist der Sprung vom Sein auf ein Sollen im historischen Kontext nur vollziehbar, wenn man bereit ist, den gesunden Menschenverstand zugunsten an den Haaren herbeigezogener ideologischer Konstruktionen zu opfern.

Gerade im Fall des Kosovo ist die Frage des historischen Primas in höchstem Maß nicht eindeutig, so daß das historische Argument - illyrisch-albanische Kontinuität hin, serbische Klöster her - überhaupt nicht greifen kann: Grundsätzlich gilt es im Gegensatz zu den puristischen Konstrukten des Romantischen Nationalismus festzuhalten: "Das verwirrende ethnische Gefüge Südosteuropas ist das Ergebnis eines Jahrhunderts dauernden Assimilierungsprozesses bodenständiger und fremder Elemente."⁶

⁵ Vgl. u.a.: Garasanin Milutin: Illyriens und Albanians, in: Kosovo: Past and Present, Belgrad o.J., Review of International Affairs, S. 33ff.

⁶ Hösch, Edgar: Geschichte der Balkanländer, München 1988, S.21.

Ohne hier auf Details eingehen zu können, scheint aber bei den meisten Historikern darüber Einverständnis zu herrschen, daß in der vorrömischen Zeit die Thraker im Osten und die Illyrer im Westen der Balkanhalbinsel die politisch-kulturell bestimmendsten Ethnien darstellten. Die Albaner wiederum werden meist als direkte Nachfolger der Illyrer angesehen⁷, wenn auch Hösch - vorsichtig - davon spricht, daß Thraker und Illyrer in dem "umfassenden Verschmelzungsprozeß... aufgesogen wurden" und "nur noch in dem geheimnisvollen Volk der Albaner Spuren hinterlassen ... haben."⁸ Aber auch Hösch geht damit implizit davon aus, daß die Albaner, wenn sie schon nicht Illyrer waren, doch mit diesen zeitlich so koexistiert haben müssen, daß sie deren Spuren aufnehmen konnten.

Daß die Albaner, wenn sie nicht sogar direkte Nachkommen einer vorrömischen Bevölkerung waren, so doch Verbindung mit einem quasi autochthonen ethnischen Substrat gehabt haben müssen, ergibt sich auch aus linguistischen Besonderheiten: Das Albanische, zusammen mit dem Rumänischen und Bulgarischen, gehört dem sogenannten "Balkanischen Sprachbund" an, dessen Besonderheiten (u.a.: postponierter Artikel, Bildung des Futurs mit "Wollen", Verlust von Infinitiv und Akkusativ) darauf verweisen, daß die genannten Sprachen, zumindest was ihre morphosyntaktische Struktur betrifft, von einem uralten Substrat geprägt wurden und, ungeachtet der zahlreichen später aufgenommenen Romanismen und Slawismen, sehr früh eine eigene Identität entwickelt hatten.⁹

Der serbische Anspruch auf das Kosovo wird mit Entwicklungen begründet, die mit dem 12. Jahrhundert, also ca. 600 Jahre nach der slawischen Landnahme, einsetzen. Damals, unter der Herrschaft der Nemanjiden, begann der serbische Herrschaftsbereich deutlich zu expandieren und erreichte unter Stefan Dušan (1331-1355) seine größte Ausdehnung.¹⁰ Zur Blütezeit des Nemanjiden-Reiches war das Kosovo das politische, wirtschaftliche und religiöse Zentrum Serbiens, und sogar unter der Osmanischen Herrschaft konnte das Patriarchat von Peř (alb.: Peja) seinen Einfluß weit über die serbischen Siedlungsgebiete hinaus, etwa bis nach Ungarn, erhalten bzw. ausdehnen.

Die Schlacht auf dem Amselfeld (1389) war das Ende des unabhängigen serbischen Reiches, das aber bereits schon nach dem Tod Stefan Dušans (1355) dadurch charakterisiert war, daß sich die einzelnen Feudalherren zunehmend ihre Selbständigkeit zu verschaffen verstanden.

⁷ Vgl. u.a.: Stadtmüller, Georg: Geschichte Südosteuropas, München 1950.

⁸ Hösch, a.a.O., S. 22.

⁹ Zum "Balkanischen Sprachbund" vgl.: Sandfeld, Christian: Linguistiques balkaniques, Paris 1930.

¹⁰ Zur Entwicklung des Nemanjiden-Reiches vgl.: Hösch, a.a.O., S. 63ff.

Bisher angesprochene historische Aspekte zusammenfassend darf gesagt werden:

1. Mit größter Sicherheit sind die Albaner bzw. ihre direkten Vorfahren lange Zeit vor der slawischen Landnahme auf dem Westbalkan und damit auch im Kosovo zu finden.
2. Das Kosovo wiederum war zweifellos das politische, wirtschaftliche und religiöse Zentrum des Nemanjiden-Reiches und in dieser Zeit dürfte die ethnische, kulturelle und politische Präsenz der Albaner im Kosovo relativ gering gewesen sein.

Aber mit dem Zerfall des mittelalterlichen serbischen Reiches setzt aber dann eine Entwicklung ein, an deren Ende wir heute die Situation haben, daß ca. 90% der Bewohner des Kosovo albanischer Nationalität sind.

Die Frage der albanischen Präsenz im Kosovo vor, während und nach dem Zerfall des serbischen Großreiches, bis hin zur serbischen Massenauswanderung aus dem Kosovo Ende des 17. Jahrhunderts, wird wohl nie zufriedenstellend zu klären sein: Daß es dort seit Urzeiten albanische Siedlungen gab, kann nicht bestritten werden, aber das Ausmaß der albanischen Besiedlung ist nicht rekonstruierbar.

Einige Hinweise deuten allerdings darauf hin, daß die einwandernden Slawen auf eine indigene Bevölkerung stießen, mit der sie eng zusammenlebten oder sich auch vermischten: "There must have been considerable mixing of blood and even ethnic assimilation between the newcomers and the indigenous population in the Middle Ages in Kosovo, after the arrival of the Slavs."¹¹

Es gibt außerdem in der albanischen Volkspoetik, insbesondere in den sogenannten "Kreshnikliedern"¹², Hinweise darauf, daß Assimilation und Symbiose das Verhältnis zwischen Albanern und Serben bzw. Slawen prägten.¹³

Diese These bedarf einer Erweiterung: Für große Teile des Balkans und auch für den Kosovo waren zur Zeit der Osmanischen Herrschaft Assimilation und Symbiose zwischen den verschiedenen Volksgruppen wesentlich typischer als ethnische Animosität und Verdrängungskampf. Diese Situation begann sich erst dann zu verändern, als die Osmanischen Zentralisierungsversuche der Tanzimat-Ära den Widerstand der bisher an weitreichende Autonomie gewöhnten Volksgruppen auf dem Balkan provozierte. Dieser Widerstand wurde dann - fälschlicherweise - von den romantischen Nationalisten als "Wiedererwachen" der "Nation" interpretiert, und als die europäischen Großmächte daran gingen, die Konkursmasse des Osmanischen

¹¹ Uro'evi/, Atanasije: Ethnic Processes in Kosovo during the Turkish Rule, in: Kosovo: Past and Present, a.a.O, S. 41ff.

¹² Die "Kreshniklieder" (alb.: Kanget e Kreshnikvet) handeln von den Heldentaten des Brüderpaares Mujo und Halil. Ähnliche Motive finden sich in der gesamten, vor allem aber auch in der serbischen Volksdichtung und dieser Umstand dürfte u.a. auf ein byzantinisches thematisches Substrat zurückzuführen sein.

¹³ Dazu vgl.: Lange, Klaus/Körner, Christine: Die Gesellschaft der Kreshniklieder, in: Festschrift für Joseph Valentini und Ernest Koliqi, München 1971.

Reiches in einer die ethnischen Gegebenheiten oft grob mißachtenden Weise nationalstaatlich neu zu ordnen, wurde der Romantische Nationalismus von den neuen Eliten zur verbindlichen Staatsideologie erklärt; und es war jene Staatsideologie, die das Zusammenleben der Ethnien zunehmend problematisierte, um es schließlich zu vergiften.¹⁴

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als der Niedergang des Osmanischen Reiches trotz aller Reformbestrebungen der Hohen Pforte nicht mehr zu übersehen war, wurde die "Orientalische Frage", d.h. die Frage nach dem Status der zukünftigen Konkursmasse des Osmanischen Reiches auf dem Balkan, immer mehr zu einem Hauptthema der Europäischen Diplomatie. Zu den kompliziertesten Teilbereichen der Orientalischen Frage wiederum gehörte die Frage nach der staatlichen Zukunft der albanischen Siedlungsgebiete auf dem Balkan. Spätestens seit der Entstehung und den Aktivitäten der "Liga von Prizren" - gegründet am 10. Juni 1878 -, in der sich ein breites Spektrum der albanischen Bevölkerung zusammengefunden hatte, um gegen die Abtretung albanischer Siedlungsgebiete an Montenegro zu kämpfen¹⁵, war deutlich geworden, daß auch die Albaner bereit waren, die Frage ihrer politischen Zukunft nicht einfach der fluktuierenden Interessenkonstellation äußerer Mächte zu überlassen. Der tatsächliche Verlauf der Geschichte lief dann aber in extremer Weise dem sich entwickelnden Zusammengehörigkeitsgefühl der Albaner zuwider: Als Ergebnis der Balkankriege (1912/13) wurden auf der Botschafterkonferenz der Europäischen Großmächte am 29. Juli 1913 die Grenzen des am 28. November 1912 als eigenen Staat proklamierten Albaniens so festgesetzt, daß etwa die Hälfte der albanischen Bevölkerung außerhalb der Grenzen des jungen Staates verblieb. Ein besonders schweres Los traf die albanische Bevölkerung des unter serbischer Herrschaft geratenen Kosovo. Die schlechte Behandlung durch die serbischen Behörden führte dazu, daß Kosovo-Albaner in großer Zahl auswanderten und sich u.a. in der Türkei niederließen, wo es heute noch eine starke albanische Diaspora gibt. Die Behandlung des Kosovo durch Serbien war in hohem Maß durch Revanchismus - die Albaner wurden als die Erfüllungsgehilfen der Türkei angesehen - und von mystischen Rückkehrvorstellungen - Rückkehr an den Ursprung serbischer Kultur und Staatlichkeit - geprägt. Die Kosovo-Albaner wurden als Menschen zweiter Klasse angesehen. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lage, die die Kosovaren aufgrund des Verlaufs des Ersten Weltkrieges gehegt hatten, wurden mit dem Zusammenbruch der Mittelmächte endgültig zunichte gemacht: Auch im neu entstandenen "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" blieb das Kosovo Teil Serbiens.

¹⁴ Vgl. Lange, Klaus, a.a.O., S. 318ff.

¹⁵ Zur Geschichte der "Liga von Prizren" vgl.: Historia e Shqipërisë, Bd. II, Tirana 1965, S. 128-201.

In der Zwischenkriegszeit stellten die Kosovo-Albaner die am meisten benachteiligte Minderheit im "Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" dar (seit der Auflösung des Parlaments durch König Alexander im Januar 1929 hieß der Staat "Jugoslawien"). Rechtliche Grundlage dieser Situation, in der den Albanern u.a. beispielsweise der Gebrauch des Albanischen im Schulunterricht verboten wurde, war die sogenannte "Vidov-Dan (St.Veits Tag)-Verfassung", die am 28. Juni 1921 beschlossen worden war. Laut Verfassung war der neue Staat eine "Nation mit drei Stämmen" (jedan narod sa tri plemena) bzw. hatte er laut Artikel 72 eine "serbisch-kroatisch-slowenische Nationalität" (narodnost) zur Grundlage. Maßgebliche politische Kreise sahen langfristig in den Albanern Jugoslawiens eine Gefahr, die man letztendlich nur durch Vertreibung glaubte entschärfen zu können. Ideologischer "Vordenker" war hierbei der Historiker Vaso Čubrilović, in dessen 1937 publizierter Denkschrift "Die Vertreibung der Albaner" u.a. zu lesen war:

"Die einzige Möglichkeit und das einzige Mittel ist die brutale Gewalt einer durchorganisierten Staatsmacht, worin wir ihnen immer schon überlegen waren... Wenn wir nicht in der erforderlichen Zeit die Rechnung mit ihnen begleichen, werden wir es in 20 bis 30 Jahren mit einem schrecklichen Irredentismus zu tun haben, dessen Zeichen schon heute klar zutage treten und der unser ganzes Territorium im Süden in Frage stellen wird." Um die Albaner zu vertreiben, müsse der Staat jeden möglichen Druck ausüben: "Er muß die Gesetze bis zum Letzten ausschöpfen, so daß es den Albanern unerträglich wird, bei uns zu bleiben: Geldstrafen, Gefängnisse, rücksichtslose Anwendung aller polizeilichen Möglichkeiten, Zwangsverschickung..."¹⁶

Im großen und ganzen befand sich das Kosovo in der Zwischenkriegszeit in der Situation einer Kolonie, aus der die Kolonisatoren die Kolonisierten nach Möglichkeit zu vertreiben suchten.

Die Zerschlagung Jugoslawiens ermöglichte schließlich unter italienischer und deutscher Federführung die Vereinigung des Kosovo mit Albanien, also die Schaffung eines "Großalbanien", in dem die Kosovaren nun für relativ kurze Zeit ihre nationale Eigenständigkeit, vor allem auf kulturellem Gebiet und in der Verwaltung, pflegen konnten. Daß in dieser Zeit ähnliche Repressionen nun gegen die Kosovo-Serben ausgeübt wurden wie früher gegen die Kosovo-Albaner, soll ebenfalls nicht verschwiegen werden, da es zu einem volleren Verständnis der serbisch-albanischen Animositäten beiträgt.

¹⁶ Čubrilović zit. nach: von Kohl, Christine/Libal, Wolfgang: Kosovo: Gordischer Knoten des Balkan, Wien, Zürich 1992, S. 43.

4. Kosovo im Jugoslawien Titos

Die Besonderheiten in der politischen Dynamik der Nationalitätenfrage im Nachkriegsjugoslawien lassen sich nur vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung zwischen den politischen Hauptströmungen innerhalb der Partisanenbewegung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens verstehen. Diese Auseinandersetzung fand im wesentlichen zwischen orthodoxen Marxisten, für die Konzepte wie "Proletariat", "Klasse" und "Partei" auf die einzig real möglichen historischen Subjekte abhoben, während den "Völkern" oder "Nationen" allenfalls nur sekundäre Bedeutung zukam, und denjenigen statt, die die Auffassung vertraten, daß es in erster Linie die kämpfende "Gemeinschaft der Völker" sein müsse, die den Befreiungskampf zu führen habe, nicht etwa das "Proletariat". Diese Auffassung, die vor allem von Tito vehement vertreten wurde, kam bereits im ersten Bulletin des Oberkommandos der Volksbefreiungskräfte vom 10. August 1941 zum Ausdruck, in dem Tito nicht "Klassenkampf" etc. thematisierte, sondern die Verteidigung "...der Freiheit und Unabhängigkeit unserer Völker".¹⁷ Und weiter hieß es: "Die Partisanentruppen heißen 'Volksbefreiungstruppen', weil sie nicht kämpfende Formationen einer politischen Partei und Gruppe sind – konkret: der Kommunistischen Partei –, wobei zweifellos Kommunisten in der ersten Reihe kämpfen, sondern es sind kämpfende Gemeine (redovi) der Völker Jugoslawiens..."¹⁸ Mit dieser Auffassung befand sich die Linie Titos zwischen zwei Mühlen: zwischen dem Standort der orthodoxen Marxisten auf der einen Seite und dem der nicht-kommunistischen Nationalisten andererseits. Erstmals skizzierte Tito diese ideologisch prekäre Situation im Jahre 1942 in der Nummer 14/15 der Zeitschrift "Proleter". U.a. heißt es dort: "Bei der Befolgung dieser Linie hatte die KPJ viele Feinde. Die einen sagten, das seien Abstriche und Abweichungen von der Linie des Klassenkampfes. Das waren die Sektierer und Schwätzer, die die Rolle der Partei in der gegebenen Situation nicht begreifen wollten und konnten, die sich fürchteten, an die Massen heranzutreten, um nicht in diesen Massen zu ertrinken. Die anderen wieder, und das waren die bedeutenderen und stärkeren, sagten, daß das (gemeint ist das Volksbefreiungskonzept, Anm.d.Verf.) nur Demagogie der Kommunisten sei, ein "Fischen im Trüben", daß die Kommunisten überhaupt nicht ernstlich daran dächten, wenn von der Verteidigung des Landes die Rede sei..."¹⁹

Und gezielt auf die innerparteiliche Opposition der Orthodoxen gemünzt, meinte Tito: "Sie wollen unseren Kampf vom Volksbefreiungskampf auf die Linie des Klassenkampfes ablenken (skrenuti), auf die Linie, die der Okkupator festgelegt hat. Aber die Partei, wie auch die gewaltige Mehrheit unseres Volkes, will sich nicht von den tückischen Plänen irreführen lassen, sondern wird beharrlich auf der Linie des gerechten Volkskrieges bleiben..."²⁰ Für unseren Zusammenhang ist es wichtig

¹⁷ Zit. nach: Lange, Klaus, a.a.O., S. 329.

¹⁸ Zit. nach: ibid., S. 330.

¹⁹ Zit. nach: ibid., S. 331.

²⁰ Zit. nach: ibid., S. 331.

festzuhalten, daß innerhalb der Kommunistischen Partei Jugoslawiens spätestens seit Beginn des "Volksbefreiungskampfes" zwei antagonistische Strömungen koexistierten, wobei die von Tito vertretene Auffassung, wonach "Völker" als eigenständige historische Subjekte gesetzt wurden und nicht als bloße Funktionen des Klassenkampfes, unter dem Problemdruck des Widerstandskampfes Dominanz verlangte. Ein Widerstandskampf ohne Respektierung der "Völker" hätte nie den Zulauf gefunden, der letztendlich zum Erfolg führte. Und es war auch unverzichtbar, "die" Völker zu adressieren, weil andererseits keine Überlegenheit gegenüber der Konkurrenz der "Āetnici", die sich ausschließlich auf die serbische Bevölkerung stützte, zu erzielen gewesen wäre. Das bedeutet, daß der Erfolg der kommunistischen Partisanenbewegung in Jugoslawien im wesentlichen auf der Hintanstellung kommunistischer Prinzipien bestand: Der "Titoismus", der im wesentlichen vom Partisanenmythos lebte, d.h. auch und vor allem von der Beschwörung der "Gemeinschaft kämpfender Völker" als historischem Subjekt, war genaugenommen der Versuch einer ideologischen Quadratur des Kreises, der Versuch, Marxismus und nicht-antagonistische Nationalismen irgendwie in Einklang zu bringen. Das aber war logisch bzw. ideologisch nicht möglich, und so wäre es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis sich nach dem Wegfallen des Handlungszwanges, nach dem siegreichen Ende des Volksbefreiungskampfes der ideologische Antagonismus nicht mehr länger hätte verdrängen lassen, weil die Bedrohung, die die Verdrängung des Antagonismus erlaubte, weggefallen wäre.

Die Dialektik von Bedrohung und Verdrängung ideologischer Unvereinbarkeit, wie sie die Politik der Kommunistischen Partei Jugoslawiens seit Einsetzen des Widerstandskampfes gegen die Besatzer prägte, ist von größter Bedeutung für das Verständnis des Status des Kosovo und seiner albanischen Bevölkerung im Nachkriegsjugoslawien: Nach der Logik des "Volksbefreiungskampfes" gab es natürlich keinen Grund, die Kosovo-Albaner nicht auch als gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft kämpfender Völker anzuerkennen. Das galt um so mehr, als die Kosovaren, die von der kurzen "großalbanischen" Ära immer noch weithin positiv beeinflußt waren, unsichere Kantonisten darstellten, was sich u.a. in teilweise erheblicher Guerillatätigkeit gegen das neue Regime äußerte.

Außerdem gedachte die jugoslawische Führung das Problem der "Großalbanien-Nostalgie" ohnehin dadurch zu lösen, daß man den Anschluß Albanien an den jugoslawischen Staatsverband betrieb, so daß dann eine Vereinigung des Kosovo mit Albanien *innerhalb* der jugoslawischen Föderation hätte erfolgen können: "Beide Regierungen (Jugoslawiens und Albanien, Anm.d.Verf.) stimmten im Prinzip darin überein, daß Albanien sich mit Jugoslawien vereinigen sollte, wodurch die Frage der albanischen Minderheit in Jugoslawien gelöst worden wäre."²¹

Nach einer solchen Entwicklung hätte mit Sicherheit die marxistische Komponente in der Ideologie der KPJ die Oberhand erhalten - wobei man sich ein Szenarium

²¹ Djilas, Milovan: Gespräch mit Stalin, Frankfurt 1962, S. 171.

vorstellen kann, in dem die nationsübergreifende Dominanz der Kommunistischen Partei die formal bestehende Selbständigkeit der einzelnen Nationen faktisch neutralisiert hätte. Auch eine albanische Teilrepublik, bestehend aus Albanien und Kosovo, hätte sich einem solchen Prozeß nicht entziehen können, wie es ja auch die tatsächliche Geschichte der Dominanz der KPJ über die Föderationssubjekte nahelegt.

Aber die Geschichte nahm bekanntlich einen anderen Verlauf: Jugoslawien, eben noch von den Besatzern befreit, Teil eines sich entwickelnden, mächtigen Sowjetblocks und somit erst einmal ohne eine Bedrohung, die die Anerkennung seiner "Völker" als historische Subjekte weiter notwendig gemacht hätte, sah sich 1948 überraschend ausgestoßen aus der Gemeinschaft sozialistischer Staaten und massiver neuer Bedrohung ausgesetzt. Die "Exkommunizierung" erfolgte in einer Resolution des Sekretariats des Kominform-Büros vom 28. Juni 1948, in der Tito zum Verräter, Troztkisten und Abenteurer gestempelt wurde.

Der Kominformstreit beendete quasi über Nacht alle Bestrebungen, Albanien in Jugoslawien einzugliedern, und damit auch die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von Albanien mit dem Kosovo.²²

Seit 1948 stand Jugoslawien mit wechselnder Intensität unter dem Druck der sowjetischen Bedrohung. Auch wenn es kurzzeitig sogar zu freundlicher Wiederannäherung zu kommen schien - etwa Anfang der 60er Jahre, was zum Bruch Albaniens mit der Sowjetunion und zur albanisch-chinesischen Allianz führte -, die reale Gefahr sowjetischer Intervention und Subversion bestand immer. Damit aber konnte es sich der jugoslawische Staat und auch die seit 1948 in "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" umbenannte KP nicht leisten, die in der Föderation zusammengeschlossenen Nationalitäten zu entfremden. Besonders gefährlich wäre eine solche Entfremdung natürlich im Fall der stärksten Nation, der Serben, gewesen, und um die Serben möglichst stark einzubinden, mußten etwaige Autonomiebestrebungen im Kosovo, der nach wie vor von den Serben als integraler Bestandteil ihrer Republik angesehen wurde, unterdrückt werden. Entsprechend mußten die Kosovo-Albaner in den 50er Jahren und noch in der ersten Hälfte der 60er Jahre schwerste Repressionen seitens der serbischen Sicherheitsorgane ertragen, an deren Spitze der gefürchtete Sicherheitsminister Alexander Ranković stand. Erst als sich das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien etwa seit Anfang der 60er Jahre zu entspannen begann, konnte Tito es sich leisten, den Konservativen innerhalb des BdKJ offener entgegenzutreten.

²² Zum Kominformstreit vor dem Hintergrund der jugoslawisch-albanischen Beziehungen vgl.: Lange, Klaus: Grundzüge der albanischen Politik, München 1973, S. 75ff.

Vom 1. bis 3. Juli 1966 fand anlässlich des Plenums der ZK des BdKJ die Generalabrechnung mit den Konservativen statt, und der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Alexander Ranković, dessen Name für die Kosovo-Albaner noch heute ein Synonym für "Unterdrückung" ist, wurde zum Rücktritt gezwungen. Daß ein derartiges Vorgehen aufgrund des Nachlassens des äußeren Drucks nun nicht mehr riskant war, unterstrich ein halboffizieller Besuch Breschnews in Jugoslawien vom 22. bis 24. September 1966. Zu vermerken ist an dieser Stelle, daß die nunmehr erfolgende Zurücknahme der Repression, vor allem im Kosovo, nicht bedeutete, daß etwa eine demokratische Reformpolitik eingeleitet werden sollte. Jugoslawien blieb faktisch ein totalitärer Staat, der nur deswegen einigen Druck abließ, um dem "Modell" des Titoismus, jener seltsamen Mischung von Totalitarismus, Personenkult und kontrollierter Dezentralisierung, langfristig größere Überlebenschancen zu sichern.

5. Der Status des Kosovo seit 1974

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung der "Sozialistischen Föderation Republik Jugoslawien" am 21.2.1974 erlangten die Kosovo-Albaner das größte Maß an Autonomie, dessen sie sich seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches erfreuen konnten.²³

Die neue Verfassung bündelte die seit Ende der 60er Jahre immer deutlicher werdenden Bestrebungen, ein eigenes "Modell" zu entwickeln, das auf der Basis des Selbstverwaltungsgedankens einen alternativen Weg jenseits vom Sowjetmarxismus und Kapitalismus erschließen sollte. In der Diktion von Mihailo Markovic, des führenden Vertreters der um die Zeitschrift "Praxis" geistig versammelten politischen Philosophen, meinte "Selbstverwaltung" folgendes:

"Selbstverwaltung bedeutet, daß die Funktionen der Steuerung sozialer Prozesse nicht mehr von Kräften außerhalb der Masse der Gesellschaft vollzogen werden: ihr entgegengestellt, aber in Händen genau derselben Leute, die produzieren, die das gesellschaftliche Leben in allen seinen Formen schaffen. Selbstverwaltung bedeutet die Überwindung der beständigen und erstarrten Teilung der Gesellschaft in Subjekte und Objekte der Gesellschaft, in Herrschende und Ausführende, in die ... gesellschaftliche Meinung und ihre physischen Instrumente in menschlicher Form."²⁴ Wichtig ist es, sich zu vergegenwärtigen, daß das Prinzip der Selbstverwaltung nicht nur in der Organisation der Arbeit gelten sollte, sondern in allen Bereichen gesellschaftlicher und staatlicher Ordnung. Genaugenommen war das Prinzip der Selbstverwaltung nur eine abstrakte Vision, die ihre geistigen Wurzeln in dem Denken der Subjekt/Objekt-Identität hatte, wie sie für den deutschen Idealismus auf weiten Strecken charakteristisch war. Ohne hierauf weiter einzugehen, soll jedoch

²³ Zu den Einzelheiten der Verfassung von 1974 vgl.: Mayer, Franz u.a.: Staat - Verfassung - Recht - Verwaltung, in: Südosteuropa Handbuch, Bd.1, Göttingen 1975, S. 33ff.

²⁴ Zit nach Lange, Klaus: Versuch über südosteuropäische Politik, a.a.O., S. 444.

festgehalten werden, daß es sich bei der "Selbstverwaltung" um ein hochabstraktes Konzept handelte, dessen Operationalisierung auf der Ebene konkreter politischer, organisatorischer und verfassungsmäßiger Ordnungssetzung quasi unmöglich war.

Die Nicht-Operationalisierbarkeit von "Selbstverwaltung" schlug sich auch in der Verfassung hinsichtlich des Status der Autonomen Regionen Wojwodina und Kosovo als nicht wirklich klärbare Ambiguität nieder: In den einleitenden Artikeln (1-5) werden die "Sozialistischen Autonomen Provinzen" in einem Atemzug mit den "Sozialistischen Republiken" als Föderationssubjekte genannt.²⁵

Der Unterschied zwischen "Republik" und "Autonomer Provinz" besteht darin, daß erstere als "Staat" definiert wird, letztere als eine "Selbstverwaltungsgemeinschaft":

"Die sozialistische Provinz ist eine auf der Macht der Arbeiterklasse und aller Werktätigen beruhende autonome, sozialistische, demokratische, gesellschaftlich-politische Selbstverwaltungsgemeinschaft..., in der die Werktätigen und Bürger, die Völker und Völkerschaften ihre souveränen Rechte verwirklichen und, insofern dies im gemeinsamen Interesse der Werktätigen und der Bürger, der Völker und Völkerschaften der Republik als Gesamtheit durch die Verfassung der Sozialistischen Republik Serbien festgelegt ist, auch in der Republik." (Art.4)²⁶ In der Verfassung von 1974 ist nicht klar zu erkennen, daß die "Autonomen Provinzen" der "Republik" untergeordnet wären: "Wenn auch die Republiken und Autonomen Provinzen rechtlich noch nicht völlig gleichgestellt sind..., so sind doch die Autonomen Provinzen staatsrechtlich eigenständige, konstitutive Bestandteile des Bundesstaates geworden."²⁷

Auf das Prinzip der Selbstverwaltung zurückkommend, das von der Zielsetzung der Aufhebung der Unterschiedenheit von Subjekt und Objekt lebt, muß gefolgert werden, daß die Konstituierung der Autonomen Provinzen als staatsrechtlich eigenständige Bestandteile des Bundesstaates gleichzeitig ausschloß, daß sie noch Objekte der Republikspolitik sein könnten. Das geht auch daraus hervor, daß sie im höchsten Machtorgan, in der sich aus Bundesrat und dem Rat der Republikaner zusammensetzenden "Versammlung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien", grundsätzlich gleichberechtigt vertreten waren.²⁸

²⁵ Vgl. Südosteuropa-Handbuch, a.a.O., S. 54.

²⁶ Zit nach: *ibid.*, S. 55.

²⁷ *Ibid.*, S. 55.

²⁸ Vgl. *ibid.*, S. 62.

Die Verfassung von 1974 hatte sowohl ideologische Aspekte als auch solche, die mit der inneren machtpolitischen Balance Jugoslawiens zu tun hatten:

In ideologischer Hinsicht hatte sie die Funktion zu zeigen, wie im Selbstverwaltungssystem die Organisationen der gesellschaftlichen Arbeit so mit der (Selbst)Organisation der Staatsnationen und Ethnien verschränkt werden können, daß - eben weil hier (im marxistischen Sinn) logisch nicht gleichwertige Entitäten zu einem funktionierenden System verbunden sein sollen - ein historisch Neues, das "Jugoslawische Modell", entstanden ist. Dieser Anspruch wiederum konnte nach Auffassung der jugoslawischen Führung einen Sonderweg zwischen oder jenseits des weltpolitischen Dualismus legitimieren. Von da zum Anspruch auf Meinungsführerschaft in der Bewegung der "Blockfreien" war es ein logischer Schritt.

Das auf der Verfassung von 1974 beruhende politische System, besonders mit seiner deutlichen Stärkung der Selbständigkeit der Autonomen Provinzen, hatte aber auch eine Funktion, die mit der innerjugoslawischen "balance of power" zu tun hatte: Dadurch, daß die unter vielen Aspekten stärkste Republik, Serbien, auf ihrem Gebiet zwei in höchstem Maß autonome Entitäten, Kosovo und Wojwodina, tolerieren mußte, sollte die Furcht der schwächeren Republiken vor einer serbischen Dominanz innerhalb der Föderation reduziert und damit die Föderation als solche stabilisiert werden. In diesem Punkt erfüllte die Verfassung von 1974 im allgemeinen und der Status des Kosovo im besonderen gleichzeitig eine ideologische Aufgabe ("Jugoslawisches Modell") und eine Aufgabe innerer Stabilisierung. Auf einer niedrigeren Abstraktionsebene erfüllte der Kosovo außerdem zwei weitere wichtige Funktionen: Er galt als Paradebeispiel dafür, wie vorbildhaft im Selbstverwaltungs-jugoslawien die Minderheitenfragen gelöst waren, und nicht zuletzt sollte der Kosovo durch das dort gegebene hohe Maß an albanischer Selbstbestimmung einer potentiellen Sogwirkung seitens des neostalinistischen Albanien unter Enver Hoxha entgegenwirken. Und tatsächlich war es über längere Zeit gelungen, die Republik Albanien gegenüber dem Kosovo als die "ärmere Verwandte" aussehen zu lassen: Nicht nur war der Lebensstandard im Kosovo - so niedrig er im gesamtjugoslawischen Vergleich war - immer noch höher als in Albanien, von größter Bedeutung war auch die größere Offenheit auf dem Gebiet der Meinungs- und Informationsfreiheit, nicht zuletzt auch auf der akademischen Ebene. Vor allem das albanologische Institut in Prishtina, das Ende der 60er Jahre, nicht zuletzt unter der Leitung des damaligen Prodekans, des Soziologen Prof. Fehmi Agani, ausgebaut worden war, war in der albanologischen Forschung auch weltweit zu einem Markenzeichen geworden. Auch die Universität Prishtina nahm vor allem hinsichtlich der Studentenzahlen einen stürmischen Aufschwung. So entstand gleichzeitig das Problem eines akademische Proletariats, das die Radikalisierung im Sinn der Forderung nach Republikstatus für das Kosovo verschärfte.

Erwähnt werden soll auch, daß das Kosovo eine gewisse Brückenfunktion zwischen Belgrad und Tirana spielte. So dünn der Kommunikationsfaden auch war, er riß doch nie ganz ab und wurde vor allem über eine ganze Reihe von Protokollen zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen Prishtina und Tirana funktionsfähig gehalten. Von besonderer Bedeutung war dieser "dünne Draht" vor allem in den Jahren nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch den Warschauer Pakt, als sowohl Jugoslawien als auch Albanien immer wieder einmal eine ähnliche Gefährdung ihrer Unabhängigkeit fürchten zu müssen glaubten.

Am 8. Mai 1980 wurde Tito beigesetzt, und nicht erst mit seinem Tod waren Stimmen zahlreicher geworden, die Jugoslawien eine schwierige Zukunft in innen-, außen- und wirtschaftspolitischer Hinsicht prophezeiten. Vor allem die wirtschaftlichen Daten deuteten auf eine schwierige Zukunft hin²⁹, und von Jahr zu Jahr wurde deutlicher, daß sich die politischen Eliten in den diversen Republiken, aber auch in den Autonomen Provinzen zunehmend Gedanken darüber machten, welche neue Ordnung nach einem eventuellen Zerfall der Föderation vorstellbar bzw. wie die dann anfallende Konkursmasse aufgeteilt werden sollte.

6. Die serbische Antwort auf die "Jugoslawische Frage"

Die relative Ineffektivität des "Jugoslawischen Modells", wie sie sich nicht erst seit dem Tod Titos immer wieder gezeigt hatte, konnte nach seinem Tod immer weniger unter den Tisch gekehrt werden, und die konkreten Defizite wurden von Jahr zu Jahr immer spürbarer, so daß in allen Republiken und auch in den Autonomen Provinzen das bisher Undenkbare angedacht wurde: die politische Neuordnung nach einem möglichen Zerfall der Föderation.³⁰

Die Antwort, die in Serbien auf die immer drängenderen Zukunftsfragen immer stärker zu dominieren begann, ließ sich in einem Punkt zusammenfassen: politische Vereinigung aller Serben Jugoslawiens in einem "Großserbien" und Liquidierung des "Titoismus", vor allem mit Blick auf das hohe Maß an Selbständigkeit, das dieser den beiden Autonomen Provinzen Serbiens zugestanden hatte. Dieses Programm ist bis heute mit dem Namen eines Mannes verbunden, für den der "Großserbische" Nationalismus zum entscheidenden Vehikel der Machtgewinnung wurde: Slobodan Milošević. Wer ist dieser Mann?

²⁹ Vgl. Sundhaussen, Holm: Geschichte Jugoslawiens 1918-1980, Mainz 1982, S. 207f.

³⁰ Zum wirtschaftlichen Niedergang Jugoslawiens mit besonderer Berücksichtigung der Zeit nach Tito vgl. u.a.: Rullmann, Hans Peter: Krisenherd Balkan - Jugoslawien zerbricht, Hamburg 1989, S. 416-490.

Milošević, Jahrgang 1941, Sohn eines orthodoxen Priesters und einer Lehrerin, erlangte einen Abschluß der Belgrader Universität in Jurisprudenz und wurde Funktionär im Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Er wurde mit Unterstützung des damaligen Vorsitzenden des Präsidiums der Sozialistischen Republik Serbien, Iwan Stambolic, der ein Studienfreund und ein Freund der einflußreichen Familie seiner Frau war, erst Direktor der Erdgasfirma "Tehnogas" und schließlich Direktor der Belgrader "Beobank". Stationen seiner politischen Karriere waren: 1984 Führer der kommunistischen Partei in Belgrad, 1987 Führer der Partei in ganz Serbien, 1989 Präsident der Republik Serbien, 1997 Präsident Jugoslawiens.³¹

Der politische Aufstieg von Milošević lebte programmatisch in erster Linie vom Prinzip der unbedingten Souveränität des serbischen Staates über sein gesamtes Staatsgebiet, d.h. von der Negation des Rechtes der "Autonomen Provinzen" auf Autonomie. Erstmals offen vertrat er die Forderung nach faktischer Aufhebung der Autonomie des Kosovo und der Wojwodina auf einer Sitzung des ZK der serbischen Kommunisten im Jahr 1985.

Dieses Programm der Entmachtung der Autonomieverwaltungen bzw. der Herstellung der uneingeschränkten Oberherrschaft Serbiens geriet - vor allem im Kosovo - zunehmend in einen antagonistischen Widerspruch zu dem seit dem Tod Titos immer stärkeren Wunsch der albanischen Bevölkerungsmehrheit nach noch mehr Selbstbestimmung bzw. der Forderung nach Republikstatus auch für den Kosovo. So kollidierte das politische Leitmotiv von Milošević, der "Haupttreibsatz" seiner politischen Karriere, mit den Vorstellungen eines Volkes, das ebenso wie die anderen nicht-serbischen Völker seine Zukunft eher in einem gewissen Abkoppelungsprozeß sah denn als unbedingten Verbleib, wo und wie auch immer, in dem "wurmstichigen Schiff" Jugoslawien. Nicht nur Slowenen, Kroaten und Bosniaken, sondern auch die Kosovaren wollten darangehen, in ihr eigenes "Rettungsboot" zu steigen, um rechtzeitig dem Sog des untergehenden Jugoslawiens entgehen zu können.

Während sich die Forderungen der Kosovaren in großen Streikaktionen und Demonstrationen immer massiver artikulierten, durchlief Milošević unter Anwendung klassisch-bolschewistischer Methoden³² eine Blitzkarriere, die ihn, übrigens über die "politische Leiche" seines "Freundes" Iwan Stambolic hinweg, zur serbischen Präsidentschaft führte.³³

Die serbische Antwort auf die Krise Jugoslawiens und den zu erwartenden Zerfall der bisherigen politischen Ordnung bestand in einem großserbischen "Nationalen Sozialismus", in dem der gescheiterte Föderalismus Titos von einer Vorherrschaft Serbiens abgelöst werden sollte, wobei die starken serbischen Minderheiten, vor allem in Bosnien und Kroatien, als Transmissionsriemen Belgrader Macht dienen sollten.

³¹ Zum Aufstieg von Milošević vgl.: *ibid.*, S. 518ff.

³² Einzelheiten dazu: *ibid.*, S. 523ff.

³³ Zum Werdegang und Charakter von Milošević's auch: Der Zerstörer, in: *Focus*, Nr. 15, 12.4.1999, S. 286ff.

Dieser Plan war mit dem Abkommen von Dayton nach Jahren blutiger Auseinandersetzungen erst einmal gescheitert. Somit verblieb einzig die Beendigung der Autonomie des Kosovo unter großserbischen Aspekten auf der Haben-Seite.

Anders ausgedrückt: Die erfolgreiche Unterdrückung der Autonomie - und erst recht der Sezessionsbestrebungen der Kosovaren - war und ist die letzte und entscheidende Legitimationsbasis des "Systems Milošević". Geht das Kosovo verloren, bricht dieses System zusammen.

7. Die Aufhebung des Autonomiestatus des Kosovo und die Folgen

Im Jahr 1986, vor dem Hintergrund der sich dramatisch vertiefenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise, veröffentlichte die Serbische Akademie der Künste und Wissenschaften ein Memorandum, das die Frustrationen großer Teile der politischen Klasse in Serbien zu artikulieren versuchte. Wollte man den Beginn der jüngsten Phase der Eskalation des kosovoalbanisch-serbischen Konflikts historisch festlegen, so böte sich das Jahr 1986 bzw. die damals erfolgte Veröffentlichung des "Memorandum" als markante Zäsur an.

Damit soll nicht gesagt sein, daß das "Memorandum" den ursächlichen Anstoß gab für die von Milošević systematisch betriebene Entrechtung der Kosovaren mit all den Konsequenzen, die sich bis zum heutigen Tag daraus ergeben haben. Was aber auf jeden Fall die Funktion des Memorandums war, war die Artikulierung der Beweggründe und Ziele des "Großserbischen" Nationalismus und damit die Erleichterung seiner gesamtgesellschaftlichen Vermarktung.

Die wesentlichen Gedankengänge des "Memorandum" lassen sich wie folgt zusammenfassen:³⁴

1. Jugoslawien befindet sich in einer tiefen geistig-moralischen Krise, die zur "...katastrophalen Möglichkeit der Fragmentierung des Jugoslawischen Staates führen könnte".³⁵
2. Für die Jugoslawischen Kommunisten bestand und besteht der Primat der Ethnizität, was sich schließlich in der Verfassung von 1974 manifestierte.³⁶
3. Die Situation im Kosovo ist der "klarste Ausdruck" dafür, daß der Krisenpunkt erreicht ist, ab welchem mit der "völligen Destabilisierung Jugoslawiens" zu rechnen ist.³⁷

³⁴ Das Memorandum der Serbischen Akademie für Künste und Wissenschaften von 1986 wird im folgenden zitiert nach: <http://croat.net/cic/greater/acad.htm>.

³⁵ Ibid., S. 1.

³⁶ Vgl. ibid., S. 2.

³⁷ Vgl. ibid., S. 2.

4. "Nicht alle Nationen (Jugoslawiens, Anm.d.Verf.) sind gleich: Die Serbische Nation hat beispielsweise nicht das Recht auf ihren eigenen Staat erhalten."³⁸
5. Das Leitprinzip (im gegenwärtigen Jugoslawien) lautet: "Ein schwaches Serbien, ein starkes Jugoslawien."³⁹
6. "Die Verfassung von 1974 teilte Serbien in der Tat in drei Teile. Die autonomen Provinzen innerhalb Serbiens wurden den Republiken gleichgestellt, außer, daß sie nicht als solche definiert wurden und nicht dieselbe Zahl von Vertretern in den verschiedenen Körperschaften der Union haben. Sie gleichen diesen Mangel dadurch aus, daß sie durch das gemeinsame Republikparlament in die inneren Angelegenheiten des eigentlichen Serbien eingreifen können (während ihre Parlamente völlig autonom bleiben)."⁴⁰
7. "Völlige nationale und kulturelle Integrität des Serbischen Volkes ist sein historisches und demokratisches Recht, ungeachtet in welcher Republik oder Provinz es sich gerade befindet."⁴¹
8. "Der aggressive albanische Chauvinismus kann solange nicht eingedämmt werden, als Serbien aufhört die einzige Republik zu sein, deren innere Angelegenheiten von anderen bestimmt werden."⁴²

Indem das Memorandum von 1986 das Recht aller Serben (auch derjenigen außerhalb Serbiens und in den Autonomen Provinzen!) auf nationale und kulturelle Integrität postulierte, nahm es - vorausgesetzt es würde zur Grundlage der politischen Agenda Serbiens gemacht - Konflikte von dramatischen Ausmaßen in Kauf: Es negierte implizit die territoriale Souveränität von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, wo sich starke serbische Minderheiten befanden, ebenso wie den Status der "Autonomen Provinzen". Kurz: Die Antwort des Memorandums auf die Krise Jugoslawiens war die implizierte Forderung nach Schaffung eines "Großserbiens" auf Kosten anderer Republiken und danach Ausdehnung der Souveränität Serbiens auf sein gesamtes Staatsgebiet, sprich: Aufhebung des Autonomiestatus, wie er in der Verfassung von 1974 festgeschrieben war. Mit Blick auf das Kosovo könnte natürlich auch argumentiert werden, daß die oben so dargestellte Dreiteilung Serbiens in das eigentliche Serbien und zwei Autonome Provinzen, wobei aufgrund der serbischen Mehrheit nur das überwiegend albanische Kosovo ein grundlegendes Problem darstellt, auch durch Ausgliederung des Kosovo aus Serbien beendet werden könnte: Würde das Kosovo Republikstatus erhalten oder gar zu einem unabhängigen Staat außerhalb Jugoslawiens werden, wären die im Memorandum von 1986 beklagten Einschränkungen der Souveränität Serbiens beseitigt. Man könnte sich gut vorstellen, daß die Abkoppelung eines ethnisch-politischen Fremdkörpers vom serbischen Staat bei aller Radikalität einer solchen Lösung doch die bessere Lösung wäre.

³⁸ Ibid., S. 2; gemeint ist der Umstand, daß z.B. in Kroatien und Bosnien-Herzegowina starke serbische Minderheiten unter "fremden", d.h. nicht-serbischen, Regierungen leben müssen.

³⁹ Ibid., S. 2.

⁴⁰ Ibid., S. 2f.

⁴¹ Ibid., S. 5.

⁴² Ibid., S. 6.

Gegen eine solche Option sprechen nach serbischer Auffassung im wesentlichen zwei Argumente, ein historisches und ein verfassungsmäßiges Argument: Das historische Argument lebt vor allem von dem Hinweis, daß Serbien ursprünglich die Territorien der Autonomen Provinzen in das spätere Jugoslawien eingebracht habe. Eine nachträgliche Aufsplitterung Serbiens innerhalb Jugoslawiens sei gegen den Willen des serbischen Volkes.⁴³

Das konstitutionelle Argument läuft darauf hinaus, daß die in Frage stehenden Minderheiten - Albaner und Ungarn - ihre Selbstbestimmung bereits realisiert haben, nämlich in den Staaten Albanien und Ungarn. Im Fall des Kosovo würde dies zur Schaffung eines "zweiten Albanien" führen, das mit dem Staat Albanien früher oder später verschmolzen würde.⁴⁴

Bald schon sollte es deutlich werden, daß das Memorandum von 1986 nicht nur eine akademische Übung war, sondern daß es die zukünftige Marschrichtung derjenigen politischen Kräfte in Serbien artikulierte, die in Serbien bis zum heutigen Tag das Sagen haben.

Im Fall des Kosovo wurden die bald nach Titos Tod immer wieder aufbrechenden Streikaktionen und Massendemonstrationen zum Anlaß genommen, faktisch einen Ausnahmezustand zu verlängern: Das Kosovo wurde durch Sicherheitskräfte isoliert, in Partei und Verwaltung jagte eine Säuberung die andere und gegen Streikende und Demonstranten wurden drakonische Strafen verhängt.⁴⁵ Da die Unruhen im Kosovo trotzdem nicht wirklich unter Kontrolle gebracht werden konnten, wurde schließlich 1989 der Schritt vollzogen, der im eben zitierten Memorandum der Serbischen Akademie für Künste und Wissenschaften bereits implizit als Option angelegt war: die Beseitigung des Autonomiestatus. Um das zu erreichen, waren verfassungsrechtlich zwei Schritte notwendig: Ein Beschluß des Serbischen Parlaments *und* ein Beschluß des kosovarischen Provinzparlaments. Im ersteren Fall ging die entsprechende Entscheidung glatt über die Bühne, wie es auch in Anbetracht der die serbische Politik dominierenden Person des 1987 zum Präsidenten gewählten Slobodan Milošević nicht anders zu erwarten gewesen war. Anders in Prishtina, wo die albanischen Parlamentarier in keiner Weise bereit waren, ihrer Selbstentmachtung zuzustimmen. Der Widerstand brach erst zusammen, als die "unsicheren Kantonisten" von den Sicherheitsorganen vorgeladen wurden und dabei offenbar massivem Druck ausgesetzt wurden. Erst danach stimmten sie für die Aufhebung der Autonomie.⁴⁶ Festzuhalten ist, daß die Aufhebung des Autonomiestatus *nicht* auf der freien

⁴³ Vgl. u.a.: Markovic, Ratko: Why cannot Kosovo become a republic?, in: Kosovo-Past und Present, Belgrad o.J., S. 177f.

⁴⁴ Vgl. *ibid.*, S. 178f.

⁴⁵ Für eine detaillierte Darstellung der Vorgänge im Kosovo nach dem Tod Titos vgl.: Rullmann, Hans Peter: Krisenherd Balkan, a.a.O., S. 541ff.

⁴⁶ Vgl. *ibid.*, S. 548f.

Entscheidung der zuständigen Parlamentarier beruhte. Diese Entscheidung kam nur unter massivem Druck zustande und eignet sich deshalb auch rechtlich überhaupt nicht, den seit 1989 immer mehr anwachsenden Widerstand der Kosovaren als illegitim zu brandmarken.

Die Gleichschaltung des Kosovo bzw. die "Wiederherstellung der Einheit des serbischen Staates" nahm, wie Hans Peter Rullmann illustriert, geradezu lächerlich übertriebene Züge an: So mußten auch serbische und kosovarische Gesetze über Wasserstraßen vereinheitlicht werden, obwohl das Kosovo überhaupt nicht über Wasserstraßen verfügt.⁴⁷

An dieser Stelle sollte man sich fragen, warum eigentlich die serbische Führung, vor allem seit ihrer Dominierung durch Milošević, mit solch "ameisenhafter" Verbissenheit die Liquidierung der kosovarischen Autonomie betrieb.

Eine Erklärung könnte von folgenden Sachverhalten ausgehen:

1. Spätestens mit der Entmachtung des (serbischen) Leiters des Staatssicherheitsdienstes und Vizepräsidenten auf dem oben erwähnten 4. Plenum des ZK der BdkJ (Brioni, 1. bis -3. Juli 1966) fühlten sich wesentliche Teile der politischen Klasse Serbiens innerhalb Jugoslawiens an den "Katzentisch" gedrängt; nach Meinung vieler Serben mißachtete die danach von (dem Kroaten!) Tito forcierte Föderalisierung Jugoslawiens, die unter dem Titel "Erweiterung und Vertiefung des Selbstverwaltungskonzepts" lief, die historische Rolle Serbiens als wichtigstes Staatsvolk Jugoslawiens.
2. Weite Teile der serbischen Bevölkerung fühlten sich in der Ära Tito gegenüber den wohlhabenderen Republiken, also insbesondere Slowenien und Kroatien, vor allem wirtschaftlich unterprivilegiert: Auf der einen Seite, so empfand man, war es vor allem Serbien, das Jugoslawien letztendlich zusammenhielt, auf der anderen wurde Serbien nicht nur zu einer Art Almosenempfänger degradiert, sondern mußte auf "seinem Territorium" darüber hinaus auch noch Einschränkungen seiner Souveränität durch die Konstituierung von zwei "Autonomen Provinzen" hinnehmen.

⁴⁷ Vgl. *ibid.*, S. 549.

Die beiden obigen Punkte können in hohem Maß erklären, warum große Teile der serbischen Bevölkerung darauf eingestimmt waren, dann das Eigeninteresse Serbiens als politisches Hauptziel beschwören zu lassen und auch zu schlucken, als das "Jugoslawische Modell" seinen allseitigen Bankrott auf deprimierende Weise zu enthüllen begann. Solche Erklärungen, die natürlich erweitert und beliebig verfeinert werden könnten, bleiben unzulänglich, wenn man sie nicht durch eine Skizze der serbischen Machtelite ergänzt. Und in diesem Zusammenhang soll folgendes festgehalten werden:

3. Wie schon oben angedeutet, spielte für die südosteuropäischen politischen Eliten ein ideologisches Syndrom eine entscheidende Rolle als Legitimationsbasis, ein ideologisches Syndrom, das oben als "Romantischer Nationalismus" bezeichnet wurde. Typisch für den Romantischen Nationalismus ist die Beschwörung einer idealen Vergangenheit, die für die Zukunft richtungsgebend sein soll, die Fiktion einer nationalen "Wiedergeburt" und nicht zuletzt die Thematisierung einer quasi mystischen Einheit von Volk und Führern, wobei in der historischen Analyse aber zutage tritt, daß die Intensität dieser Einheit in der politischen Ideologie quasi umgekehrt proportional zur tatsächlichen Verbundenheit der entsprechenden Agitatoren und politischen "Propheten" mit "ihrem" Volk war: Der politisierende serbische, griechische oder albanische Literat, der sich in Wien, Leipzig oder sonstwo jedenfalls weit entfernt von "seinem" Volk eine Integrierung literarisch-politisch erträumte, beschwor die mystische Einheit der Nation, eben weil er in der Realität relative sozialpsychologische Unbehautheit erfahren mußte.

Aus Gründen, auf die in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann, hat sich der Romantische Nationalismus in vielen Fällen bis in die Gegenwart gerettet und dient weltweit den verschiedensten Regimen als Legitimationsbasis. Dabei scheint der Rückgriff auf die Ideologie des Romantischen Nationalismus in dem Maß für die betreffende Machtelite attraktiver zu sein, in dem es ihr nicht gelingt, die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zufriedenstellend zu decken und eine realistische Fortschrittsperspektive zu vermitteln. Genau das ist in Serbien aufgrund der ohnehin schon bestehenden Diskriminierungsgefühle noch in stärkerem Maß erfolgt als anderswo: Rückgriff auf Romantischen Nationalismus als Resultat des Ausbleibens konkreter Fortschrittsperspektiven, Polizeistaat als Garant der Einheit von Führung und Volk, Amselfeldmythos anstatt offener Gesellschaft, nationalistischer Autismus an Stelle einer Transformation in Richtung Informationsgesellschaft.

8. Die Evolution des kosovarischen Widerstandes

Die Demonstrations- und Streikwelle, die das Kosovo in den 80er Jahren erschütterte, begann im Sommer 1981 mit Studentenprotesten an der Universität Prishtina. Das dabei zugrundeliegende Motiv bestand einmal darin, zunehmende Versuche der serbischen Administration nach Zurückdrängung der Autonomie, wie sie seit Titos Tod immer deutlicher geworden waren, anzuprangern, zum anderen forderten die Studenten, wohl aus dem Wunsch, diesen Versuchen präemptiv zu begegnen, den Republikstatus für das Kosovo. Die Demonstrationen, denen sich schnell weite Teile der kosovoalbanischen Bevölkerung angeschlossen hatten, wurden mit großer Härte niedergeschlagen, über 7.000 Kosovaren erhielten zum Teil langjährige Gefängnisstrafen und über die kosovoalbanische Bevölkerung wurde von Polizei und Sicherheitskräften ein immer dichteres Netz der Kontrolle und Überwachung gelegt.

1989 schließlich kam es unter dem serbischen Präsidenten Milošević, der die "Heimholung" des Kosovo zum Vehikel seines politischen Aufstiegs gemacht hatte, zur schon erwähnten erzwungenen Selbstentmachtung des Parlaments in Prishtina.

Im Juli 1990 sollte das Provinzparlament wiederum zusammentreten, dieses Mal aber ließ es die inzwischen nur noch aus Serben bestehende Bundespolizei - Kroaten und Slowenen waren abgezogen - auf gar nichts mehr ankommen und sperrte die Abgeordneten einfach aus. Die Auflösung des Parlaments durch eine Verfügung der serbischen Behörden erfolgte schließlich, nachdem die ausgesperrten albanischen Abgeordneten vor dem Parlamentsgebäude am 2. Juli 1990 die "Republik Kosovo" bzw. die Trennung des Kosovo von Serbien ausgerufen hatten.

Am 7. September schließlich verabschiedeten dieselben Parlamentarier in Kačanik eine neue Verfassung für das Kosovo. Artikel 1 stellt fest: "Die Republik Kosovo ist ein demokratischer Staat der albanischen Nation und der Nationalitäten, der Minderheiten und Bürger: der Serben, Muselmanen, Montenegriner, Kroaten, Türken, der Roma und anderer, die im Kosovo leben."

Artikel 2:

"Die Republik Kosovo ist ein souveräner und unabhängiger Staat."⁴⁸

Als nächster Schritt wurde am 7. September 1990 von der (von Belgrad entmachteten) parlamentarischen Versammlung des Kosovo die "Republik Kosovo" proklamiert und diese Proklamation wurde durch einen Volksentscheid bestätigt, der vom 26. bis 30. September 1991 durchgeführt wurde. An diesem Volksentscheid nahmen 87,1% der im Kosovo Wahlberechtigten teil, wobei 99,7% für die Unabhängigkeit der "Republik Kosovo" stimmten. Zur selben Zeit kam es zur Bildung eines "Koordinationsrates der albanischen politischen Parteien in Jugoslawien", der am 12. Oktober 1991 eine "Politische Deklaration" verfaßte, in der der Präsident des Koordinationsrates, der

⁴⁸ Zitiert nach: von Kohl, Christine/Ribal, Wolfgang, a.a.O., S. 122.

Schriftsteller Dr. Ibrahim Rugova, federführend den politischen Standpunkt der wichtigsten kosovoalbanischen Gruppierungen zusammenfaßte.⁴⁹

Als zentrale Aussage muß die Feststellung gesehen werden: "Serbien hat durch einen Bruch der Bundesverfassung die Autonomie Kosovos aufgehoben, das regionale Parlament, die Regierung des Kosovo und die lokalen Parlamente und Regierungsbehörden aufgelöst ..." Weiter heißt es: "Die albanischen Parteien in Jugoslawien akzeptieren das Ergebnis der Volksabstimmung vom 26. bis 30. September 1991, die für eine souveräne und selbständige Republik ausfiel."⁵⁰

Ende 1991 waren die Fronten klar abgesteckt: Die albanischen politischen Parteien des Kosovo besaßen ein überwältigendes Mandat dafür, die staatliche Unabhängigkeit anzustreben und eine Mißachtung des Willens der Mehrheit der Kosovaren im Sinne des Eingehens von Kompromissen, die unter der im September 1991 gelegten "Meßlatte" liegen, würde in Zukunft sehr schwierig sein. Hier liegt auch ein gewisses Manko der kosovoalbanischen Politik, weil nämlich auch taktische Kompromisse leicht als Verfälschung des Volkswillens gebrandmarkt werden können. Der zunehmend deutlicheren Artikulation des politischen Willens der Kosovaren begegnete die serbische Verwaltung des Ausnahmezustandes mit systematischen Schikanen, von der Drangsalierung und Entlassung albanischer Ärzte, Wissenschaftler und Journalisten bis zur wirtschaftlichen Liquidierung albanischer Kleinunternehmer.⁵¹

In serbischen Darstellungen wurden Schikanen und Polizeiterror gewissermaßen als Reaktionen auf früheren antiserbischen Terror seitens der Albaner begründet. Was aber wirklich zu größter Aufmerksamkeit verpflichtet, sind gewisse quasi rassistische Töne, die darauf hinauslaufen, die Albaner als primitiveres, kulturell niedrig stehendes Volk zu skizzieren, das daher auch weniger Rechte haben dürfe. Sogar in einer offiziellen Erklärung der jugoslawischen Delegation "On the State of Affairs in Kosovo and Metohija" an ein KSZE-Expertentreffen zum Thema "Nationale Minderheiten" (Genf, 1. bis 19. Juli 1991) fehlen solche rassistischen Töne nicht: So bauten die Albaner ihre Häuser (unsinnigerweise) in die Mitte fruchtbarer Äcker und umgaben sie mit hohen Wällen. Erklärung: "There are only two possible explanations of this phenomenon: it was erected either to protect the intruder on the foreign lands, or to conceal the absolute authority of the patriarchal master of the family."⁵² Hinter den Mauern übt, so die Verlautbarung, das Familienoberhaupt absolute Gewalt über Kinder und Frauen aus. Und das hänge auch und vor allem mit politischen Ansprüchen zusammen: "Special victims of that wall are women. Behind it they are turned into

⁴⁹ Im folgenden wird die "Politische Deklaration" zitiert nach: von Kohl, Christine/Ribal, Wolfgang, a.a.O., Anhang 2.

⁵⁰ Vgl. *ibid.*, Punkt 3.

⁵¹ Zu den Schikanen der serbischen Exekutive vgl.: *ibid.*, S. 125-144.

⁵² Zitiert nach: *ibid.*, Anhang 2, S. 5.

reproduction machines, since demographic explosion is a basis of the political and historical argument of Albanians in Kosovo and Metohija."⁵³

Das Bild des Albaners als eines primitiven Landräubers, der mit dem Mittel übermäßiger biologischer Reproduktion versucht, eine demographische - und damit auch politische - Dominanz zu erlangen, ist ein Topos, der sich in einem beträchtlichen Teil der serbischen politischen Literatur immer wieder findet. Ergänzt wird das Bild von Albanern als Menschen zweiter Klasse oft noch durch die These, daß man etwa bis zum 11. Jahrhundert überhaupt nicht von einer geschlossenen albanischen Ethnie ausgehen könne, daß die Bezeichnung "Albaner" vielmehr auf die berufliche Funktion des Wanderhirten abzielte und nicht mit einer irgendwie gearteten nationalen Identität zu tun hatte.⁵⁴ Konsequenterweise führt dieser Ansatz auch zur Ablehnung der albanischen Kontinuitätstheorie, der Vorstellung, daß die Albaner direkte Nachkommen der alten Illyrer seien. Auch diese "Theorien" haben die Funktion, die Albaner als vergleichsweise minderwertig aussehen zu lassen, als historisch "Dahergelaufene", die sich in keiner Weise mit "echten" Nationen - wie z.B. der der Serben - auf eine Stufe stellen könnten.

Ohne weiter auf diese durchsichtigen und pseudowissenschaftlichen "Theorien" einzugehen, soll - vor allem mit Blick auf die Erkenntnisse der Sprachwissenschaft - die Meinung vertreten werden, daß es sich bei den Albanern in historischen Zeiträumen sehr wohl um eine eigenständige Ethnie handelte, die nicht erst Jahrhunderte nach der slawischen Handnahme ein historischer Faktor war.

Ungeachtet ihrer wissenschaftlichen Unhaltbarkeit ist jenes Konglomerat aus "Theorien", die die "Zweitklassigkeit" der Albaner vertritt, bis zum heutigen Tag ein wichtiges Mittel des serbischen aggressiven Nationalismus, um Unterdrückung und Vertreibung zu rechtfertigen. Die These von der kulturellen und historischen Minderwertigkeit der Albaner ist ein wesentlicher Bestandteil der Ideologie, auf der der Ausnahmezustand beruht. Wie reagierten nun die Kosovo-Albaner auf die Situation seit ihrer politischen Entmündigung im Jahr 1989 bzw. welche Konsequenzen zogen sie aus der Situation der Unterdrückung, wie sie spätestens seit dem Tod Titos die Situation im Kosovo immer bedrückender charakterisierte?

Als wichtiges Datum muß in diesem Zusammenhang der 17. Februar 1982 genannt werden.⁵⁵ Damals wurde in Deutschland die "Volksbewegung für die Republik Kosova" (LPRK)⁵⁶ gegründet, die später in LPK (Llëvizja Popullore e Kosovës: Volksbewegung von Kosova) umbenannt wurde. Damit wurden vier ältere, bisher getrennt agierende Organisationen vereint, in denen damals eine marxistische bzw.

⁵³ Zitiert nach: *ibid.*, S. 5.

⁵⁴ Vgl. u.a.: Garašanin, Milutin, in: *Kosovo-Past and Present*, a.a.O., S. 33 ff.

⁵⁵ Zur Geschichte der kosovarischen Widerstandsbewegung vgl.: Lipsius, Stephan: *Untergrundorganisationen im Kosovo - Ein Überblick*, in: *Südosteuropa*, 47. Jhg., 1-2/1998.

⁵⁶ LPRK: *Llëvizja Popullore e Republikës së Kosovës*.

marxistisch-leninistische Komponente eine große Rolle spielte.⁵⁷ Nachdem am 2. Juli 1990 die "Republik Kosova" ausgerufen war und sich die "Demokratische Liga Kosovos" zu konsolidieren begann, kam es zu einer Annäherung der LPRK an die LDK und den von Ibrahim Rugova geführten Parallelstaat, was auch in der Namensänderung von LPRK auf LPK zum Ausdruck kam, wodurch nämlich der Alleinanspruch auf Eintreten für die staatliche Selbständigkeit zugunsten des sich entwickelnden Parallel- bzw. Schattenstaates aufgegeben werden sollte.

Seit der politischen Entmündigung der Kosovo-Albaner, formal nachvollzogen 1989/90, können im wesentlichen vier Akteure unterschieden werden, die den Gang der Ereignisse im Kosovo bestimmten:

1. der serbische Sicherheitsapparat,
2. die Demokratische Liga und die im wesentlichen von ihr getragenen Parallelinstitutionen,
3. die LPK und
4. die UCK (vor allem seit 1996).

Der serbische Sicherheitsrat

Der serbische Sicherheitsapparat steht in der direkten Tradition des jugoslawischen Sicherheitsapparates, wie er sich vor allem seit dem "Kominform"-Streit (1948) im Jugoslawien Titos entwickelt hatte. Dieser Sicherheitsapparat hatte im wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- a) Verteidigung der Integrität der Föderation gegen innere Feinde, womit vor allem secessionistische Nationalisten und ihre Organisationen im Ausland gemeint waren,
- b) Verteidigung der Föderation gegen Versuche der Sowjetunion, das "Jugoslawische Modell" zu destabilisieren. Da diese Versuche wiederholt über Ansprüche Bulgariens gegenüber der Teilrepublik Mazedonien transportiert wurden, war in diesem Zusammenhang Bulgarien ein Hauptziel der jugoslawischen Aufklärung, wie sie bis 1966 im wesentlichen von der "Abteilung für Staatssicherheit" (Uprava Drzawne Bezbednosti, UDB) und, mit Schwerpunkt auf militärische Aufklärung, vom "Dienst für militärische Gegenaufklärung" (Kontraobavesajna Sluzba, KOS) betrieben wurde. Nach dem oben erwähnten Sturz von Ranković wurde die UDB gesäubert und in SDB (Sluzba Drzawne Bezbednosti, Staatssicherheitsdienst) umbenannt. Unter dem Schock der Okkupation der Tschechoslowakei durch Truppen des Warschauer Paktes erweiterte die SDB die bereits seit dem Kominformstreit bestehende Kooperation mit westlichen Nachrichtendiensten, besonders mit CIA und MI 6, eine Kooperation, die sich schließlich schon in den

⁵⁷ Vgl. Lipsius, a.a.O., S. 76.

70er Jahren sogar auf das Gebiet der Beobachtung des internationalen Drogenhandels ausweitete. Kurz: Die Entwicklungen seit 1966 führten dazu, daß die relative Isolierung der jugoslawischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste deutlich verringert wurde und ein "weltoffenerer" Geist in die Organisationen einkehrte. Das hinderte sie allerdings nicht daran, "antijugoslawische" Kräfte, die als gefährlich angesehen wurden, im In- und Ausland mit größter Rücksichtslosigkeit - bis hin zur physischen Liquidierung - zu verfolgen.

- c) Kontrolle der "antijugoslawischen" Aktivitäten seitens der albanischen Führung. Hauptobjekt der Überwachung waren in diesem Zusammenhang vor allem Kontakte zwischen kosovoalbanischen und albanischen Wissenschaftlern, die sich im Rahmen diverser Kulturprotokolle besuchen konnten. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung hatte der albanische Dienst "Sigufimi" nie ein großes Interesse an einer Unterwanderung und Destabilisierung des Kosovo zum Zweck der Förderung von Sezessionsbestrebungen, ganz einfach deshalb, weil sich die Führung in Tirana vorwiegend auf den toskischen Bevölkerungsteil stützte und kein Interesse daran haben konnte, dem traditionell mehr oppositionellen Bevölkerungsteil der Gegen durch Anschluß des überwiegend gegischen Kosovo ein eindeutiges Übergewicht einzuräumen.⁵⁸

Zusammenfassend kann man sagen, daß über lange Zeit die Hauptgefahr jedoch in "antijugoslawischen" Aktivitäten gesehen wurde, wobei vor allem an die Tätigkeiten von Gruppierungen der "Kominformisten" gedacht war, die, inspiriert und unterstützt von der Sowjetunion, am Scheitern des "Jugoslawischen Modells" arbeiteten. Zu erwähnen ist auch, daß von 1966 bis fast Mitte der 80er Jahre die "intelligence community" vom militärischen Dienst "KOS" dominiert wurde, u.a. ein Hinweis darauf, daß die politische Führung im Zusammenhalt der Föderation ihre Hauptaufgabe sah und diese Aufgabe bei einer Institution der multinationalen Armee am besten aufgehoben sah.

Als die Föderation Anfang der 90er Jahre auseinanderbrach, änderte sich auch Charakter, Aufgabenstellung und Selbstverständnis der Sicherheits- und Nachrichtendienste Restjugoslawiens.

Die wesentlichen Änderungen sind:

- a) radikale Reduzierung der Kontakte zu westlichen Diensten und zunehmende Verengung der Aufgabenstellung auf Wahrung serbischer Interessen hin,
- b) Verschiebung der bisherigen Schwerpunkte zugunsten der Entwicklung von Techniken der Embargoumgehung,
- c) Unterdrückung der Opposition im Inneren, vor allem Gleichschaltung der Massenmedien und

⁵⁸ Zum Gegensatz zwischen Tosken und Gegen und seiner politische Bedeutung in der Volksrepublik Albanien vgl.: Lange, Klaus: Die Agrarfrage in der Politik der Partei der Arbeit Albaniens, München 1981.

- d) Vorbereitung, Absicherung und Kontrolle der Durchführung der "Endlösung" der Kosovofrage, d.h. Vertreibung der albanischen Bevölkerung bis zur "Reserbisierung" des Kosovo.

Charakteristisch für die Entwicklung des Sicherheitssystems in Restjugoslawien war außerdem, daß es auf die Bedürfnisse der Führungsgruppe um Milošević zugeschnitten wurde, was u.a. dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Nachfolgeorganisation des SDB, der RDB (Abteilung für Staatssicherheit) - die Umbenennung erfolgte 1991 -, auch direkt für die Sicherheit der Familie von Milošević verantwortlich ist. Zu vermerken ist auch, daß das Gewicht des militärischen Nachrichtendienstes wesentlich reduziert ist. Das hat damit zu tun, daß das Vertrauen von Milošević in die Armee nur sehr begrenzt ist und er sich deshalb immer mehr auf den Auf- und Ausbau der ihm ergebenden Polizei- und Sondereinheiten konzentriert. Schließlich ist auch zu erwähnen, daß es zu einer radikalen Zentralisierung von Intelligence kam: Die Gesetzgebung aus dem Jahr 1997 bestimmte, daß "... all information and evaluations provided by all secret services [the Army service, the Servian service, the Montenegrin service, and the Ministry of Foreign Affairs' service] go directly to a single, more-powerful, and better-organized service accountable only to the President."⁵⁹ Und in dem Maß, in dem Milošević die "Lösung" der Kosovo-Frage zum Vehikel seines politischen Aufstieges und zur Legitimationsbasis seiner Herrschaft machte, wurde der Sicherheits- und Intelligence-Apparat vorwiegend zum Mittel, um eben diese "Lösung" zu fördern. Das heißt, daß eine starke Einengung des Aufgabenbereiches erfolgte, und das heißt bei Nachrichtendiensten auch, daß relativ weniger Kapazitäten zur Aufklärung anderer Themenbereiche zur Verfügung stehen. Die Frage darf mittlerweile, im zweiten Monat der Nato-Luftschläge, gestellt werden, ob bei geringerer Konzentration auf Unterdrückungs- und Vertreibungsstrategien im Kosovo die serbische Führung nicht realistischere, besser fundierte Informationen, etwa über die Entschlossenheit und Standfestigkeit der Nato oder auch über die geringen Möglichkeiten Rußlands, im Kriegsfall konkret zu helfen, bekommen hätte. Eine weitere Beeinträchtigung der serbischen Intelligence dürfte auch darin bestehen, daß sie zunehmend in die Aktivitäten der Milizen und Sondereinheiten involviert ist und ihre heutigen Aufgaben u.a. auch darin bestehen, etwa kosovarische Aktivisten im Ausland zu identifizieren und diese Informationen dann an die "Sondereinheiten" weiterzugeben, die dann im Kosovo gezielt durch Terrorismus gegen die Angehörigen die Aktivisten psychologisch zu brechen versuchen.

Der serbische Sicherheits- und Intelligence-Apparat ist heute zu einem in seinem Horizont extrem eingeeengten Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument degeneriert, der letztendlich den zerstörerischen Interessen einer relativ kleinen Führungsschicht dient. Von diesem Apparat sind heute keine weiterführenden Anstöße zur Konfliktbewältigung zu erwarten.

⁵⁹ <http://www.fas.org/irp/world/serbia/cfs.htm>, Council for Security, S. 1.

Die Demokratische Liga und die von ihr getragenen Parallelinstitutionen

Seit ihrer Gründung im Dezember 1989 hat die "Demokratische Liga von Kosovo" unter ihrem Präsidenten, dem Literaturwissenschaftler Dr. Ibrahim Rugova, eine zunehmend tragische Rolle gespielt: Das hatte nicht zuletzt auch damit zu tun, daß sich ihre wesentlichen Prinzipien bzw. Strategien in der konkreten Situation in hohem Maß gegenseitig ausschlossen. Die Grundidee der LDK und der maßgeblich von ihr getragenen Schattenregierung bestand darin, jede Kooperation mit der serbischen Exekutive zu vermeiden, einschließlich konsequenter Wahlboykotts, bei gleichzeitigem Aufbau eines "Parallelstaates".

Ein weiteres, wesentliches Ziel bestand in dem Versuch, den Konflikt zu internationalisieren, wobei versucht wurde, vor allem über systematische Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen ein Engagement des Auslands herbeizuführen. Schließlich sollten alle Aktivitäten auf der Basis des Gewaltverzichts durchgeführt werden. Vor allem zeigte sich - zynischerweise -, daß gerade das Prinzip des Gewaltverzichts in doppelter Weise dazu angetan war, die Bemühungen des LDK-dominierten "Parallelstaates" um Verbesserung der Situation zunichte zu machen: Das Ausland nahm höflich, aber letztendlich nicht wirklich berührt, die unzähligen Dokumentationen und Petitionen zur Kenntnis, die der unermüdliche Rugova und seine Anhänger zu streuen versuchten. Aber solange keine sicherheitspolitische Kettenreaktion zu befürchten war, blieben alle Initiativen weit unterhalb der Reizschwelle liegen, über der ein konkretes Eingreifen des Auslands ausgelöst hätte werden können. Diese Reizschwelle lag außerdem insofern sehr hoch, als international dazu Einmütigkeit bestand, die Kosovo-Frage als *internes* Problem Serbiens zu betrachten.

Auf der anderen Seite führte das Prinzip der Gewaltlosigkeit zu einer stetigen Erosion der Unterstützung der LDK durch die eigene Bevölkerung. Das war kein Wunder, wenn man sich die alltägliche Unterdrückung und die Schikanen vor Augen hält, der die Kosovaren ausgesetzt waren. Noel Malcolm gibt in seinem hervorragenden Werk "Kosovo - A Short History" einen zutiefst deprimierenden Eindruck der Situation, in der sich die Kosovaren spätestens sei 1989 befanden.⁶⁰ Ohne Resonanz im Ausland und bei gleichzeitig schwindendem Rückhalt bei den Kosovo-Albanern, die nach langen Jahren der Diskriminierung, Unterdrückung und Rechtlosigkeit verständlicherweise nach Alternativen zum erfolglosen Vorgehen der LDK zu suchen begannen, mußten der "Ghandi des Kosovo", Rugova, und seine Anhänger in dem Moment marginalisiert werden, in dem eine radikale Alternativoption sichtbar wurde. Daß die Politik Rugovas gescheitert war, wurde spätestens im November 1995 mit der Unterzeichnung des Abkommens von Dayton deutlich. Noel Malcolm dazu: "The ending of the war in Bosnia brought no end to the crisis in Kosovo. This fact alone was a blow to Rugova's prestige: he had spent four years telling his people, in effect, that they must be patient until the international community improved a final settlement on ex-Yugoslavia, in which their interests would also be respected. But that settlement,

⁶⁰ Vgl. Malcolm, Noel: Kosovo - A Short History, London 1998, S. 349ff.

worked out by the Americans at Dayton, Ohio, in November 1995, left the Albanians exactly where they were. The only nod in Kosovo's direction was an agreement by the UN Security Council that the "outer wall" of sanctions against Serbia [involving such things as denial of access to the International Monetary Fund] would remain in place until Belgrade reformed its human rights record in Kosovo."⁶¹

Mit dem für die Kosovo-Albaner zutiefst enttäuschenden Abkommen von Dayton war die Bühne für den Auftritt neuer Akteure geräumt worden.

Die LPK

Die LPK (Volksbewegung von Kosovo) ist heute zu der Organisation geworden, die unter den Kosovaren des In- und Auslandes über die größte und am meisten engagierte Anhängerschaft verfügen dürfte. Ursprünglich war die LPK bzw. ihre Vorläuferorganisation, die LPRK, ein Zusammenschluß von überwiegend marxistischen Sektierern, die, für ausländische Ohren höchst fragwürdig, noch in ihrem Programm 1993 die Vereinigung aller Albaner Ex-Jugoslawiens (Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Südserbien) in einem eigenen Staat gefordert hatten⁶², womit sich die LPK erst einmal als seriöser Partner in einer zukünftigen internationalen Krisenregelung diskreditiert hatte. Heute aber, nachdem ihr der tatsächliche Gang der Ereignisse eine sehr konkrete Verantwortung zugespielt hatte, hat sich die LPK in hohem Maß von ihren "Jugendsünden" entfernt.

Auf der Tagesordnung stehen heute:

- a) publizistische Unterstützung des bewaffneten Widerstandes,
- b) Organisierung von Spendenaktionen zugunsten der UOK und
- c) Förderung der Einheit der Exilkosovaren auf allen Ebenen.

Es war in erster Linie auf die publizistischen Aktivitäten der LPK zurückzuführen, daß etwa seit 1997 die Unterstützung von Rugova und der von Dr. Bujar Bukoski geführten "Exilregierung von Kosovo" deutlich zurückgegangen war. Die LPK hatte in ihrer Zeitung "Zëri i Kosovës" vor allem die indifferente Haltung gegenüber der UOK kritisiert und sich damit faktisch zum politischen Arm der UOK gemacht, ohne daß deren organisatorische Unabhängigkeit von der LPK allerdings ernsthaft in Frage zu stellen wäre.

⁶¹ Ibid., S. 353.

⁶² Vgl. Lipsius, Stephan, a.a.O., S. 77.

Grundsätzlich ist an dieser Stelle zu sagen, daß sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt "ethnischer Säuberungen" die Programmatik sämtlicher kosovoalbanischer Parteien angeglichen hat bzw. daß programmatische Unterschiede vor dem Hintergrund von systematischem Mord und Vertreibung gegenstandslos geworden sind. Damit ist zu erwarten, daß auch die LPK, die in einem zukünftigen Nachkriegskosovo einen der wichtigsten politischen Faktoren darstellen dürfte, ideologische Rudimente zugunsten der Mitwirkung an einem umfassenden Wiederaufbau zurückstellen wird.

Die UOK

Chris Hedges, Leiter des Balkan-Büros der New York Times von 1995 bis 1998, sieht in der UOK, der "Befreiungsarmee von Kosovo", einen problematischen, aber nichtsdestoweniger den entscheidenden Faktor für die zukünftige Entwicklung des Kosovo und der Nachbarregionen: "The emergence of this militant armed group, now numbering several thousand fighters, has dimmed hopes that even a compromise agreement with Belgrade could be successfully implemented. Emboldened by Nato's March bombing of the Serbian military, the KLA will wage a protracted guerrilla war in the Serbian province that could ignite a wider war in neighboring Macedonia and Albania, potentially even dragging in Greece and Bulgaria. The KLA is uncompromising in its quest for an independent Kosovo now and a Greater Albania later. And it has, to the consternation of Washington's would-be peacemakers, supplanted the ineffectual leadership of the moderate voice of Kosovo's ethnic Albanian majority, Ibrahim Rugova. The KLA is important out of all proportions to its size - not merely because it will probably eventually get Kosovo to secede from Serbia, but because it now represents the aspirations of most Kosovar Albanians."⁶³

Wenn man in Betracht zieht, daß noch vor ca. zwei Jahren Ibrahim Rugova bei mehreren Gelegenheiten Zweifel an der Existenz der UOK formulierte und sogar den Verdacht äußerte, die UOK sei ein Produkt serbischer Geheimdienste, dann ist der inzwischen eingetretene Bedeutungszuwachs der UOK sehr beeindruckend.

Tatsache ist, daß die UOK in einer Situation entstand, die der frühere Präsident des Präsidiums der Jugoslawischen Föderation, Janez Drnovsek, wie folgt skizziert: "Das serbische Regime war nicht für Kompromisse. Im Kosovo gab es keine Möglichkeit mehr für den Dialog. Die groß-serbische Politik und Konzeption trat immer klarer an den Tag. Mit harter Hand konsolidierte Serbien die eigene Republik und verhielt sich drohend gegen die anderen."⁶⁴ In einer solchen Situation war es naheliegend zu erwarten, daß neben dem gewaltlosen Widerstand, der mit dem Namen Ibrahim Rugovas verbunden war, sich auch wesentlich radikalere Strömungen konstituieren

⁶³ Hedges, Chris: Kosovo's Next Masters?, in: Foreign Affairs, Mai/Juni 1999, S. 24.

⁶⁴ Drnovsek, Janez: Meine Wahrheit, Zürich 1998, S. 227f.

würden: "What is most striking, then, about the KLA insurrection is not that it occurred but that it took so long to occur."⁶⁵

Bei der Entstehung der UOK sind im wesentlichen drei Komponenten zu berücksichtigen: Die gewichtigste dieser Komponenten war die Organisation des bewaffneten Widerstandes, wie sie vor allem von Angehörigen der Familie Jashari getragen wurde, die in der Region Drenica beheimatet ist. Eine zweite Komponente bestand in kosovoalbanischen Polizei- und Militärangehörigen, die von der serbischen Repressionspolitik ins berufliche Abseits gedrängt worden waren und die sich für den Aufbau militärischer Strukturen des bewaffneten Widerstandes zur Verfügung stellten. Stephan Lipsius sieht in dieser Komponente den "harten Kern der Untergrundarmee..."⁶⁶, was aber meines Erachtens nur in quasi professionell-technischer Hinsicht behauptet werden kann, angesichts des dominierenden Charismas, das von den führenden Persönlichkeiten der Familie Jashari, vor allem den Brüdern Adem und Hamze Jashari, eingebracht wurde. Der Vater, Shaban Jashari, war seit langem eine bekannte Persönlichkeit in kosovarischen Widerstandskreisen. Bereits in den 60er Jahren hatte er zur Zeit des berüchtigten Innenministers und Sicherheitschefs Rankovič, der auf dem ZK-Plenum von Brioni 1966 entmachtet worden war, Berufsverbot als Lehrer erhalten, weil er öffentlich den Republikstatus für den Kosovo gefordert hatte. Festzuhalten ist an dieser Stelle nur soviel: Die UOK ist in ihren Kernelementen aus der Bevölkerung des Kosovo erwachsen, wobei im Widerstand profilierte Persönlichkeiten und Familien wichtige organisatorische Kristallisationskerne bildeten.

Als dritte und relativ unwichtigste Komponente, über deren Rolle noch spekuliert werden muß, war eine Gruppe pro-albanischer, d.h. pro-Enver-Hoxha-Stalinismus-Sympathisanten, die aber nach den Eindrücken, die der Autor in Gesprächen mit führenden UOK-Vertretern gewonnen hat, schon in Anbetracht der völlig geänderten Umstände so gut wie keine Rolle mehr spielen.

Chris Hedges meint zu dieser Komponente, die für ihn "die zweite" ist, neben einer ersten "rechten", die für ihn aus "Söhnen und Enkeln pro-faschistischer Militationäre" besteht, die in der Tradition der "SS-Division Skanderbeg" stehen:

"The second KLA faction, comprising most of the KLA leaders in exile, are old Stalinists who were once bankrolled by the xenophobic Enver Hoxha, the dictator of Albania who died in 1985. This group led a militant separatist movement that was really about integration with Hoxha's Albania. Most of these leaders were students at Pristina University after 1974, when Belgrade granted the province autonomy. Freed from Yugoslav oversight, the university imported thousands of textbooks from Albania, all carefully edited by Hoxha's Stalinist regime, along with at least a dozen militant Albanian professors. Along with its degree programs, Pristina University began to

⁶⁵ Hedges, Chris, a.a.O., S. 26.

⁶⁶ Lipsius, Stephan, a.a.O., S. 79.

quietly school young Kosovar leaders in the art of revolution. Not only did a huge percentage of the KLA leadership come out of the university, but so, ominously, did the ethnic Albanian leadership in neighboring Macedonia."⁶⁷

Die Vorstellung von der UOK als einer in einen rechtsradikalen und einen linksradikal bzw. stalinistischen Flügel gespaltenen Organisation, wie sie Chris Hedges zu vermitteln versucht, geht, zumindest in der heutigen Situation, völlig an der Realität vorbei. Wenn diese Vorstellung irgendwann einmal Bezug zur Realität gehabt haben sollte, dann hat sich das Bild unter dem mit der militärischen Auseinandersetzung gegebenen Problemdruck inzwischen völlig verändert: Die Stärke der UOK besteht heute darin, daß sie in ihrer wesentlichen Komponente aus "ihrer", der unmittelbar betroffenen Bevölkerung erwachsen ist und in der engen Verbindung zur kosovoalbanischen Bevölkerung ihr Lebenselement hat.

Die UOK bewegt sich seit langem im Kosovo wie der sprichwörtliche "Fisch im Wasser", und sie könnte letztendlich nur zerschlagen werden, wenn es gelänge, quasi das Wasser zu entfernen, sprich: den Kosovo albanerfrei zu machen. Damit ist trotz der bisher erfolgten Massenvertreibungen nicht wirklich zu rechnen, und deshalb wird die UOK nach Beendigung der gegenwärtigen kriegerischen Auseinandersetzungen nicht nur überlebt haben, sondern den wichtigsten politischen Faktor in der kosovarischen Nachkriegspolitik darstellen. Aus diesem Grund haben sich auch die Beziehungen westlicher Staaten, vor allem der USA, zur UOK seit Beginn dieses Jahres auch bedeutend intensiviert und verbessert. Inzwischen hat die UOK das von serbischen Stellen aufgebaute Image einer durch kriminelle Aktivitäten finanzierten terroristischen Organisation weitgehend korrigieren können. Niemand, der mit Führungspersonlichkeiten der UOK in engeren Kontakt getreten ist - etwa Vertreter westlicher Regierungen bei den Verhandlungen in Rambouillet -, zweifelt ernsthaft daran, daß die UOK eine demokratische Ordnung westlichen Zuschnitts im Kosovo anstrebt.⁶⁸ Unterstützt wird dieser Eindruck des Wunsches nach grundsätzlicher Affinität zum westlichen Demokratietyp auch durch den Umstand, daß die UOK bisher auf Angebote islamischer Staaten, Waffen zu liefern, nicht eingegangen ist. Das ist um so überzeugender, als das größte Defizit der UOK - neben der aufgrund der Umstände unzureichenden Ausbildung - im Mangel an qualitativ anspruchsvollen Waffen besteht, etwa hochwertigen Scharfschützengewehren, panzerbrechenden Waffen und tragbaren Luftabwehrsystemen: Daß die UOK entsprechende Angebote bisher nicht angenommen hat, hat auch der serbischen Propaganda, die die UOK wiederholt in die Nähe des islamischen Fundamentalismus zu rücken versuchte, den Wind aus den Segeln genommen.

Wenn heute gegenüber der UOK Vorbehalte bestehen, dann sollten diese nicht auf Terrorismus- oder Fundamentalismusverdacht beruhen. Wozu die UOK bzw. die von ihr dominierte, nach Rambouillet gebildete "Kriegsregierung" aber spätestens nach

⁶⁷ Hedges, Chris, a.a.O., S. 28.

⁶⁸ Persönliche Gespräche.

einem Abzug der serbischen Armee und paramilitärischen Einheiten aus dem Kosovo Stellung beziehen muß, ist:

- a) die Frage nach der Aufhebung ihrer Präsenz in Nordalbanien und
- b) ihre Position gegenüber der albanischen Minderheit in Makedonien.

Zu a)

Die Präsenz der UOK in Nordalbanien hat sich in den letzten Wochen im Gefolge der Flüchtlingswelle deutlich verstärkt: Die UOK tritt nicht nur in den Flüchtlingslagern zunehmend als Ordnungsmacht auf, sondern es ist ihr auch gelungen, mit den wichtigsten Clan-Führern quasi Friedensabkommen zu schließen, nachdem es wiederholt zu Überfällen auf UOK-Angehörige gekommen war, denen meist die Waffen abgenommen wurden. Ohne hierbei tiefer in Details eindringen zu wollen, kann festgestellt werden, daß die UOK dabei ist, sich in Nordalbanien stärker zu etablieren, was zu einer weiteren Erosion der ohnehin kaum existenten Kontrolle führen dürfte, die die Regierung in Tirana über die nördlichen Landesteile ausübt. Es kann, mit anderen Worten, nicht ausgeschlossen werden, daß ein von der UOK politisch dominiertes Nachkriegskosovo in eine so enge Verbindung mit einem ebenfalls UOK-durchsetzten Nordalbanien eintritt, daß die staatliche Integrität der Republik Albanien ernsthaft in Frage gestellt würde. Diese Möglichkeit müßte meines Erachtens auch deshalb ernst genommen werden, da das gegische Kosovo und das gegische Nordalbanien eine ethnisch bedingte, soziokulturelle wechselseitige Affinität besitzen, deren politische Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfte. Damit soll nicht gesagt sein, daß die UOK die Destabilisierung Albaniens zum Ziel hat, sondern auf gewisse mögliche Entwicklungen hingewiesen werden, denen sich die UOK möglicherweise gar nicht entziehen könnte, würde sie nicht rechtzeitig durch Unterstreichung des provisorischen Charakters ihrer Präsenz in Nordalbanien entsprechende Vorkehrungen treffen.

Zu b)

Ein womöglich noch größeres Problem stellt die Frage nach der Zukunft der albanischen Minderheit in Mazedonien dar, für die eine Annäherung an ein von der serbischen Herrschaft befreites Kosovo das Vehikel eigener Autonomiebestrebungen sein könnte. Die dann zu erwartende Destabilisierung Mazedoniens würde so viele gefährliche Imponderabilien enthalten, daß gar nicht früh genug, vor allem seitens der UOK, die Voraussetzungen definiert werden können, unter denen die staatliche Integrität Mazedoniens garantiert werden könnte.

Unabhängig von den Fragezeichen, die der eine oder andere mit der UOK verbinden mag, ist realistisch von einer Entwicklung auszugehen, die Chris Hedges wie folgt beschreibt: "In Kosovo, the stationing of international troops may prevent all-out fighting and provide the breathing space to negotiate a workable solution. But given the deep rifts between the sides, the latter is hardly likely. The international community would then face the stark choice between remaining in Kosovo for a long time or pulling out after the proposed three-year period, with the likelihood that those

on both sides of the divide would again pick up their guns. In the end, it will come to this: Led by the KLA, Kosovo will separate from Serbia, whether by negotiations or by violence."⁶⁹

9. Der Kosovo-Krieg: Ausblick und Erkenntnisse

Das vorliegende Manuskript wurde Anfang Mai 1999 abgeschlossen. Zu diesem Zeitpunkt erreichte die Luftkampagne neue Höhepunkte und scheint der Übergang von strategischen Bombardements zur Kombination mit Angriffen auf militärische Punktziele, vor allem Panzer und Artilleriestellungen, vollzogen zu werden. Das Regime in Belgrad scheint einen Wettlauf gegen die Zeit zu versuchen: Abschluß der ethnischen Säuberungen, bevor die militärische Machtbasis, ohne die die Massenvertreibungen nicht möglich wären, wegbricht.

Auf der anderen Seite kann der Eindruck entstehen, daß die deutliche Intensivierung der Luftangriffe durch die Nato auch damit zu tun hat, daß man einen eindeutigen militärischen Erfolg anstrebt, bevor diplomatische Initiativen die militärischen Operationen auf halbem Weg stoppen. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit für eine solche Entwicklung zum gegenwärtigen Zeitpunkt als gering anzusetzen. Die Forderungen der Nato sind bisher unverändert und klar: Voraussetzungen für ein Ende der Luftangriffe sind:

1. Rückzug der serbischen Truppen und paramilitärischen Einheiten aus dem Kosovo,
2. Zurückführung der Flüchtlinge in das Kosovo und
3. Stationierung einer bewaffneten internationalen Streitmacht als Sicherheitsgarantie im Kosovo. Diese Streitmacht soll im wesentlichen aus Nato-Truppen bestehen, könnte aber auch durch Truppen aus Ländern, die nicht der Nato angehören, z.B. aus Rußland, ergänzt werden.

Unabhängig davon, wie letztendlich die Details einer Vereinbarung aussehen werden - in welchem "Mischungsverhältnis" beispielsweise Nato-Truppen zu Truppen aus Nicht-Nato-Ländern stehen werden -, ob und nach welcher Übergangsfrist ein Referendum vorgesehen sein wird etc., eines ist sicher: Das Kosovo wird nicht mehr unter der Herrschaft Belgrads verbleiben, egal ob es eine an staatliche Souveränität grenzende Autonomie sein wird, die als Übergangslösung akzeptiert werden wird, oder ein wie auch immer konstruiertes Protektorat oder auch die sofortige Unabhängigkeit. Die Zeit arbeitet jedenfalls nicht für Milošević und für seine Zielsetzung eines Großserbien mit dem Kosovo als dessen unveräußerlicher Komponente.

Abschließend sollen einige Gedanken formuliert werden, die, über den unmittelbaren Kosovo-Konflikt hinausgehend, die grundsätzliche Problematik der Politik auf dem

⁶⁹ Hedges, Chris, a.a.O., S. 42.

Balkan skizzieren und Möglichkeiten nennen sollen, diese Region in den Prozeß gesamteuropäischer Integration, nicht zuletzt zum Zweck zukünftiger Konfliktverhütung, einzubeziehen:

Der Balkan ist die vielfältigste, aber auch die komplizierteste und damit auch die potentiell krisenanfälligste Region Europas. Er ist ein ethnisch-kultureller Fleckenteppich, für den funktionierende Ordnungsmodelle zu entwickeln extrem schwierig ist. Zusätzlich ist die Region auch noch historisch schwer belastet, wenn nicht sogar gespalten. Hierbei soll vor allem auf das Kirchenschisma von 1054 angespielt werden, in dessen Folge die Region in einen mehr lateinisch geprägten und in einen griechisch-orthodoxen Kulturkreis geteilt wurde.

Das Hauptproblem allerdings, mit dem der Balkan spätestens seit dem Ende der Osmanischen Herrschaft in den jeweiligen Gebieten belastet war, bestand darin, daß die dann aufgebauten politischen Systeme den bestehenden sozialen Systemen nicht angemessen waren. Das traf vor allem in den Gebieten zu, wo das soziale System vorrangig um das Verwandtschaftssystem strukturiert war, also in den meisten Gebieten des Balkan. Berücksichtigt werden sollte vor allem der Umstand, daß die Großfamilie, der Clan oder Stamm (serb.: zadruga, alb.: fis) sich traditionsgemäß eines sehr hohen Maßes an Autonomie erfreuten, die mehr oder weniger von den neuen Eliten der jungen Nationalstaaten in Frage gestellt wurde. Diese neuen Eliten waren ihrerseits in den meisten Fällen "ihren" Gesellschaften von den europäischen Großmächten aufgepfropft worden. Schon von daher ist der Gegensatz, zum Teil sogar die Gegnerschaft von Staat und Gesellschaft, nicht untypisch.

Die von "ihrer" Gesellschaft entfremdeten Machteliten requirierten nun - wie schon oben skizziert - gewisse Elemente des Romantischen Nationalismus, vor allem die Fiktionen der nationalen Wiedergeburt, der historischen Kontinuität und der Einheit der Nation, um die tatsächliche Zerrissenheit unter den Teppich quasi mystischer Einheitsbeschwörungen zu kehren und damit indirekt ihre Herrschaft zu legitimieren.

Der ideologische Rückgriff auf den Romantischen Nationalismus fand in dem Maß mehr Resonanz, in dem sich die traditionellen Sozialstrukturen, etwa im Gefolge von Industrialisierung, aufzulösen begannen und damit ihre Funktion als Identifikationsrahmen verloren. Dieser Prozeß der Auflösung traditioneller Strukturen fand natürlich nicht überall zeitgleich und mit der gleichen Intensität statt, und so kam es, daß sich auf relativ engem Raum oft Bevölkerungssegmente gegenüberstanden, von denen die einen aufgrund sozialer Transformationsprozesse Denkmuster des Romantischen Nationalismus rezipiert hatten, während andere, die weit weniger sozialer Transformation unterworfen waren, im erweiterten Verwandtschaftssystem und dessen spezifischer Logik mit ihrer starken Disposition zur Bewahrung traditioneller Autonomie ihren wesentlichen Identifikationsrahmen hatten.

Dieser Gedankengang kann meines Erachtens auch einen Beitrag zum Verständnis des Kosovo-Konflikts liefern: Dieser Konflikt kann u.a. beschrieben werden als Zusammenstoß zwischen Imperativen, die sich aus dem von der serbischen Führung

requirierten Romantischen Nationalismus ergeben und einem Beharren auf traditioneller Autonomie, wie es für das Denken und Fühlen der Mehrheit der Kosovo-Albaner typisch ist.

Leider ist dieser Gegensatz asymmetrisch in dem Sinn, daß der Romantische Nationalismus im Gegensatz zum traditionalistischen Autonomismus aggressiv ist. Der romantische Amsfeld-Mythos kann die Albaner aufgrund seiner inneren Logik gar nicht in Ruhe lassen, sondern muß auch versuchen, sich einzuverleiben, was eigentlich einer anderen soziokulturellen Welt angehört.

Welche Lösungsmöglichkeiten sind angesichts des skizzierten Konfliktes vorstellbar?

1. Man könnte zum einen warten, bis sich irgendwann die sozialen Lebenswelten so angepaßt haben, daß auch die bisher antagonistischen Identifikationsrahmen sich angleichen. Das hieße aber, daß man auf lange Zeit mit gefährlichen Konflikten zu leben bereit ist.
2. Eine andere Möglichkeit besteht darin daß man trennt, was sich nicht verträgt. Aufgrund der genannten Asymmetrie würde das auf ein "containment" des aggressiven Romantischen Nationalismus hinauslaufen müssen, konkret im Fall des Kosovo-Konflikts auf den bewaffneten Schutz der kosovoalbanischen Bevölkerung vor den Ansprüchen der "Großserbischen" Ideologie. Aber eine solche Lösung, so unumgänglich sie als Zwischenetappe auf dem Weg zu echter Befriedung auch sein wird, bedeutet nur, daß der Deckel auf einem Kochtopf verschweißt wird, unter dem noch Feuer brennt. Irgendwann muß es zur Explosion kommen. Das heißt, daß militärisches "peace enforcement" nicht die endgültige Lösung sein kann. Die endgültige Lösung kann aber nur auf der Erkenntnis der wesentlichen Ursachen des Konfliktes beruhen. Dazu noch einmal ein Blick auf das Problem der aus dem Romantischen Nationalismus erwachsenen "Großserbischen" Ideologie: Diese Ideologie war ursprünglich ein Legitimationsmittel für eine "ihrem" Volk tatsächlich entfremdete Machtelite. Im Zuge sozialer Transformation wurde diese Ideologie dann von weiteren Teilen der Bevölkerung auch in ihren aggressiven Implikationen internalisiert. An diesem Punkt hat der Prozeß zu stagnieren begonnen, die "Großserbische" Ideologie gleicht heute einer "Gräte", die im Kollektivbewußtsein des serbischen Volkes steckt und sich nicht bewegen will.

Die einzige Möglichkeit in dieser Hinsicht etwas zu ändern, kann nur darin bestehen, daß alternative Perspektiven gezeigt werden, die, weil sie attraktiver sind, die Ideologie von "Großserbien" zu verdrängen in der Lage sind. Hier liegt eine große Aufgabe für den Rest Europas, nämlich mit Rat und Tat dem serbischen Volk die Vorteile einer demokratischen, offenen Gesellschaft mittels konkreter Hilfestellung glaubhaft zu machen. Mit anderen Worten: Die Lösung des Kosovo-Konflikts muß letztendlich über die Demokratisierung Serbiens erfolgen.

10. Nachtrag: Bestandsaufnahme und Ausblick nach dem Ende der Kampfhandlungen

Das folgende Nachwort zur 2. Auflage wurde in der letzten Juniwoche 1999 verfaßt. Zu diesem Zeitpunkt ist der Abzug der serbischen Armee und Sondereinheiten aus dem Kosovo abgeschlossen, und die KFOR hat sich im Kosovo bereits in hohem Maß etabliert. Mit der russischen Regierung wurde ein Abkommen hinsichtlich Status, Funktion und Art der Einbindung des vorgesehenen russischen Truppenkontingents erzielt, und die Demilitarisierung der UOK ist - bisher ohne größere Probleme - eingeleitet worden.

Damit ist eine historische Zäsur erreicht, ein Punkt, an dem sich der Beobachter die Frage stellen darf, ob der Vorrang, der bis dahin einer konflikttheoretischen Betrachtungsweise eingeräumt worden war - wobei der Antagonismus zwischen "Großserbischer" Kosovo-Ideologie und albanischem Autonomismus eine tragende Rolle spielte -, nicht zugunsten eines mehr kooperationstechnischen Ansatzes relativiert werden darf.

Eine Antwort auf diese übergeordnete Frage hängt von einer Beurteilung der Antworten ab, die auf eine ganze Reihe von Teilaspekten beruhenden Fragen gegeben werden können.

Diese Fragen lauten:

1. Kann die Bedrohung der kosovoalbanischen Bevölkerung durch den "Großserbischen" Chauvinismus nunmehr als endgültig beendet angesehen werden?
2. Welche Rolle wird die UOK im Nachkriegskosovo spielen bzw. ist sie mehr als Stabilisierungs- oder als Destabilisierungsfaktor anzusehen?
3. Welche Hauptszenarien erscheinen hinsichtlich der zukünftigen Rolle des Kosovo innerhalb des Gesamtbalkans als realistisch und mit welchen regionalen Entwicklungen ist mittel- und langfristig zu rechnen?

Ist ein Ende der Bedrohung der kosovoalbanischen Bevölkerung durch den "Großserbischen" Chauvinismus in Sicht?

In der vorliegenden "aktuellen analyse" wurde die Hypothese formuliert, daß die "Großserbische" Ideologie mit ihrer Kernforderung nach Integration des Kosovo u.a. als "Feigenblatt" vor der ausgebliebenen Transformation der serbischen Gesellschaft zu einer offenen Gesellschaft, in der Rechte und Würde des Individuums Vorrang vor dem mystifizierten Kollektiv der "Nation" haben würden, dient. Slobodan Milošević hat seinerseits im Zusammenhang mit der Frage nach der Annäherung Jugoslawiens an Europa die Ablehnung des Konzepts der "offenen Gesellschaft" bereits 1985 explizit formuliert: "Wir müssen die entwickelten Länder Europas und der Welt einholen, doch nicht, indem wir zu Privateigentum und Parlamentarismus zurückkehren, nicht als bürgerliche Gesellschaft, sondern als sozialistische Gesellschaft."⁷⁰

Auf der selben gedanklichen Linie verkündete er auch 1989, dem Jahr des massiven Angriffes auf die Autonomie des Kosovo: Nach Europa "werden wir nicht als Lakaien gehen, die sich bei diesem Europa einschmeicheln wollen, indem sie den eigenen Staat und die eigenen Institutionen lächerlich machen, ja sogar die Armee oder andere Völker, mit denen wir zusammenleben, wir werden vielmehr gleichberechtigt in dieses Europa gehen, und natürlich, das versteht sich von selbst, auf unsere, die jugoslawische, sozialistische Weise."⁷¹

Die serbische Historikerin Latinka Perovic stellt meines Erachtens richtig fest: "Europa ist kein Trauma der serbischen Massen. Europa ist das Trauma der serbischen Elite, das sich als Komplex des nicht überwundenen Zurückbleibens manifestiert." Und weiter: Serbien ist "aus dem Prozeß der Entwicklung ausgebrochen, und die Gesellschaft befindet sich in einem anomischen Zustand. Das bedeutet mehr als die Niederlage einer bestimmten Politik, eines Regimes oder einer nationalistischen Verblendung. Es ist dies eine historische Niederlage. Sich dessen bewußt zu werden, wäre der Beginn der Auflösung des herrschenden *circulus vitiosus*, der vom sozialen über den nationalen zurück zum sozialen Kollektivismus führt."⁷² Macht man sich diesen Gedankengang zu eigen, dann kann der im Bombenhagel der Nato gescheiterte Versuch der radikalen ethnischen Säuberung des Kosovo als Konsequenz eines die serbische Elite prägenden nationalen Kollektivismus interpretiert werden, der mit einer "offenen Gesellschaft" - und "Europa" ist nur ein Synonym dafür - in keiner Weise vereinbart werden kann.

⁷⁰ Zit. nach: Perovic, Latinka: Flucht vor der Modernisierung, in: Serbiens Weg in den Krieg, Berlin 1998, S. 485.

⁷¹ Ibid., S. 485.

⁷² Ibid., S. 488f.

Damit kann die Ausgangsfrage, ob die Kosovo-Albaner weiterhin einer Bedrohung durch die "Großserbische" Ideologie ausgesetzt sein werden, übergeführt werden in die Frage nach der Lernfähigkeit der serbischen Machtelite oder auch in die nach der Wahrscheinlichkeit eines Elitenwechsels. Eines steht fest: Früher oder später wird es der gegenwärtigen serbischen Machtelite nicht mehr möglich sein, den faktischen Verlust des Kosovo in einen Sieg umzudeuten. Die Frage, die sich dann stellt, lautet: Könnte aus dem Schock der Erkenntnis heraus, daß das um den Kosovo-Mythos strukturierte "Großserbien"-Paradigma den Test der Geschichte nicht bestanden hat, ein Aufgeben des antidemokratischen nationalen Kollektivismus erfolgen oder wird sich dieser vielleicht sogar zu einer Politik verhärten, deren alles überschattende Leitlinie vom Gedanken der Kosovo-Irredenta lebt? Damit würde auf lange Zeit die Explosionsgefahr auf dem Balkan fortbestehen und damit auch der Zwang zum peace-enforcement.

Dieser Gefahr muß größere Wahrscheinlichkeit zugeschrieben werden als der Möglichkeit, daß aus dem Schock des Scheiterns im Kosovo Demokratisierung erwachsen könnte. Der Grund dafür liegt vor allem auch in der sozioökonomischen Stagnation, die das Land seit langem im Griff hat und die sich durch die Kriegsfolgen sogar in eine dramatische Rückentwicklung verwandelt haben dürfte. An dieser Stelle soll nicht darüber spekuliert werden, ob die desolote soziale und wirtschaftliche Lage der serbischen Gesellschaft das Regime Milošević eher schwächt oder stärkt. Die Wahrheit wird wohl in der Mitte liegen, nämlich in dem Sinn, daß zumindest kurzfristig die Menschen in Serbien zu sehr mit der konkreten Not konfrontiert sein werden, als daß sich eine pro-demokratische Massenbewegung formieren könnte. Mittelfristig aber wird sich Milošević und sein Kreis schwerlich an der Macht halten können, vor allem dann nicht, wenn die Informationen über das Ausmaß an Korruption, die für diesen Kreis letztendlich charakteristischer gewesen zu sein scheint als das Engagement für das "heilige Amselfeld", in das Bewußtsein breiterer Kreise der serbischen Öffentlichkeit gedrungen sein wird.⁷³

Auf die Ausgangsfrage zurückgehend, ob die Gefahr durch den serbischen nationalistischen Kollektivismus für die Kosovaren fortbestehen wird, ist zu sagen, daß die Antwort davon abhängt, ob trotz des allgemeinen Niedergangs in Serbien die zarte Pflanze der Demokratie eine Chance erhält, oder ob eine weitere Abkoppelung Serbiens von den offenen Gesellschaften Europas erfolgt. In diesem Fall ist nicht auszuschließen, daß auch nach der Entfernung des Milošević von der Macht noch radikalere Trommler des nationalen Kollektivismus nicht nur das Kosovo, sondern den gesamten Balkan zu destabilisieren drohen werden.

⁷³ Zum Korruptionsverdacht gegenüber dem Milošević-Clan vgl. u.a. folgende Zeitungsangaben: The Independent on Sunday, 25.4.1999; The Sunday Times, 9.5.1999; Sunday Business, 13.6.1999; The Times, 8.5.1999.

Es ist zu hoffen, daß Europa rechtzeitig erkennt, daß es sich eine solche Entwicklung nicht leisten kann und die entsprechenden Maßnahmen ergreift, d.h. Stabilisierungshilfe in einer Weise gibt, die es Kriegsverbrechern nicht erlaubt, sich mit falschen Federn zu schmücken. Auf keinen Fall sollte der Fehler gemacht werden zu glauben, daß der kollektivistische Nationalismus und die von ihm ausgehenden Gefahren ausschließlich an die Person des Milošević geknüpft sind.

Die Rolle der UÇK im Nachkriegskosovo

Die Beantwortung der Frage nach der zukünftigen Rolle der UÇK hängt natürlich wesentlich davon ab, wie man die "Befreiungsarmee von Kosovo" grundsätzlich einschätzt.

Es wurde oben versucht zu skizzieren, daß die UÇK als bewaffnete Widerstandsorganisation im Kosovo Anfang der 90er Jahre entstand, daß sie - historisch gesehen - in der Tradition eines für das Kosovo (aber auch Nordalbanien) typischen regionalen Autonomismus stand und daß es im Zuge der Verschärfung der militärischen Auseinandersetzungen zu einer teilweisen Symbiose mit kosovarischen politischen Gruppierungen, vor allem mit der LPK, kam.

Gegenüber diesem relativ einfachen Sachverhalt wurden in bezug auf die UÇK einige Behauptungen in Umlauf gesetzt, die ihren Ursprung im wesentlichen in der serbischen Desinformationsmaschinerie und/oder in den Anspielungen sogenannter "Experten" beruhen, die sich meist auf nicht näher zu bezeichnende Quellen berufen.

Im wesentlichen werden die folgenden Thesen auf dem Informationsmarkt gehandelt:

1. Bei der UÇK handelt es sich um eine terroristische Organisation.
2. Die UÇK finanziert sich in hohem Maß durch kriminelle Aktivitäten, vor allem aus Drogengeldern.
3. Die UÇK ist eigentlich ein Konglomerat aus verschiedensten Gruppierungen, so daß sie nicht in der Lage ist, einheitlich zu handeln.
4. Die UÇK steht dem islamischen Fundamentalismus und Terrorismus nahe und wird aus entsprechenden Quellen unterstützt.

Bei nüchterner Betrachtung der tatsächlichen Sachverhalte lassen sich die obigen Thesen wie folgt kommentieren: Der Terrorismus-Vorwurf kam und kommt natürlich vor allem aus serbischen Quellen und hatte die Funktion, den brutalen Zugriff der serbischen Sicherheitskräfte im Kosovo zu rechtfertigen. Abgesehen davon, daß die Grenzen zwischen bewaffnetem Widerstand und Terrorismus sehr fließend sein können, nach dem Motto: "Der Terrorist von heute kann der Freiheitskämpfer von morgen sein", sind zwei Umstände zu berücksichtigen, die den Terrorismusverdacht als sehr weit hergeholt erscheinen lassen:

Seitdem die UOK erstmals aktiv in Erscheinung trat, sind keine Vorfälle bekannt geworden, bei denen die UOK in terroristischer Absicht, d.h. vor allem durch "in Kauf nehmen unschuldiger Opfer zum Zweck maximaler Medienwirksamkeit", aktiv geworden wäre. Echte Terroristen hätten es sich nie nehmen lassen, die berühmte Autobombe in Belgrad explodieren zu lassen. In der klaren Beschränkung auf Ziele im Kosovo, und hier vor allem in der Vermeidung von "soft targets", unterscheidet sich die UOK sehr klar von "klassischen" terroristischen Organisationen in Vergangenheit und Gegenwart. Der zweite Grund dafür, den Terrorismus-Verdacht sehr skeptisch zu bewerten, liegt darin, daß die USA, ein Staat, der am meisten allergisch gegen alles reagiert, was auch nur im entferntesten nach Terrorismus aussieht, und der wie kein anderer auch über die entsprechenden Informationsmittel verfügt, die UOK nicht als "terroristisch" qualifiziert hat. Anders wäre es auch nicht vorstellbar gewesen, daß sich US-Offizielle wie Holbruk, Gelbart und Hill mehrfach zu Gesprächen mit Vertretern der UOK getroffen hätten. Und Madeleine Albright erklärte explizit, daß terroristische Aktivitäten der UOK nicht beweisbar seien.⁷⁴ Es wäre auch nicht vorstellbar gewesen, daß ein Mitglied einer terroristischen Organisation, nämlich Hashim Thaqi, in Rambouillet als Delegationsleiter der Kosovaren akzeptiert worden wäre.

Daß in einer Extremsituation wie derjenigen, die über viele Jahre im Kosovo herrschte, auch der Widerstand dann und wann unentschuld bare Verstöße gegen die Kriterien des Akzeptablen begangen haben mag, soll gar nicht bestritten werden. Das Gegenteil wäre etwas historisch noch nie Dagewesenes. Ihr das Terrorismus-Etikett anzukleben, dafür eignet sich die UOK aber nicht.

Auch der Vorwurf der Finanzierung der UOK aus kriminellen Aktivitäten sollte, auch wenn er eine gewisse modische Konjunktur erfahren hat, mit größter Zurückhaltung kolportiert werden. Es ist richtig, daß in das Spendenaufkommen der UOK auch Gelder von Exilkosovaren eingeflossen sind, deren Vermögen sich nicht ausschließlich aus den Gewinnen legaler unternehmerischer Tätigkeit zusammensetzen mag. Aber das sind Einzelfälle, und der überwältigend größte Anteil der Spenden für die UOK kam aus den Taschen kosovoalbanischer Gastarbeiter in Deutschland, Österreich, der Schweiz oder anderswo. Vergleicht man das wahrscheinliche Spendenaufkommen mit dem tatsächlichen Bedarf, dann stellt sich sehr schnell heraus, daß die UOK die ihr zufließenden Beträge gar nicht schnell genug sinnvoll absorbieren konnte bzw. ein zusätzlicher Bedarf an z.B. Drogengeldern gar nicht bestand.⁷⁵ Die Tatsache, daß auch kosovarische Dealer in München oder kosovarische Zuhälter in Salzburg oder wo auch immer für den Fonds "Das Vaterland ruft" spendeten, berechtigt noch in keiner Weise zu dem Urteil, die UOK als solche finanziere sich vorwiegend über kriminelle Machenschaften.

⁷⁴ Vgl. Transscript einer Sendung des albanischen Fernsehens vom 14.5.1998.

⁷⁵ Persönliche Gespräche.

Die These, daß die UOK ein unstrukturiertes Konglomerat verschiedenster Gruppierungen und deshalb als Ansprechpartner nicht brauchbar sei, hat inzwischen ihren "Marktwert" weitgehend eingebüßt. Die UOK war bereits 1993/94 eine hierarchisch gegliederte Organisation, die, wenn man das militärische Vorgehen rückblickend analysiert, keinen Raum für "warlordism" ließ. Die bitteren Rückschläge, die die UOK in den letzten Jahren wiederholt erleiden mußte, hatten nichts mit ihrem heterogenen Charakter zu tun, sondern damit, daß man ohne große Erfahrung, Ausbildung und mit unzureichender Bewaffnung in die Auseinandersetzung mit der hochgerüsteten jugoslawischen Armee getrieben wurde. Auf jeden Fall läßt eine Untersuchung des Kommunikés des Generalstabes der UOK den Schluß zu, daß in Aktion und Reaktion sehr wohl koordiniert gehandelt wurde. Im Gegensatz zur These vom chaotischen Charakter der UOK erfreut sich die These von ihrer Affinität zum islamischen Fundamentalismus immer noch einer gewissen Popularität in "Expertenkreisen".

Ein klassisches Beispiel hierfür liefert ein Artikel des Geheimdienstexperten Gordon Thomas, der am 10. Juni 1999 in der "Welt" erschien.⁷⁶ Darin berichtet Thomas von einem "Geheimerbericht" des Mossad, der folgende Hauptpunkte enthalte:

1. Die kosovarischen Flüchtlinge öffneten sich aus Frustration dem islamischen Fundamentalismus.
2. Der Mossad habe im letzten Monat Agenten aus dem Iran, Jemen und Afghanistan auf dem Balkan identifizieren können.
3. Zwei Mitglieder der Organisation von Bin Laden seien in der vergangenen Woche in Tirana identifiziert worden.
4. Bin Laden habe in die Kriegskasse der UOK eingezahlt.

Sollte es diesen "Geheimerbericht" tatsächlich geben, dann ist nicht nur zu fragen, warum er Thomas zugänglich gemacht wurde, sondern vor allem auch, welchen Zweck der Mossad wirklich damit verfolgte, daß er den Inhalt nach Außen sickern ließ. Darüber ließe sich natürlich unendlich spekulieren, aber man kann sicher sein, daß einem hochprofessionellen Dienst wie dem Mossad, dessen Spezialität auch vor allem die islamische Welt ist, nicht entgangen sein kann, daß die Nato alles tun würde, um durch einen militärischen Erfolg die Lage rechtzeitig genug so zu ändern, daß den Flüchtlingen vor Wintereinbruch die Rückkehr ermöglicht würde. Eine islamistische Propaganda in den Flüchtlingslagern war nicht auszumachen ebensowenig Frustration über die Aktivitäten der Nato.⁷⁷ Mit der inzwischen erfolgenden schnellen Leerung der Flüchtlingslager hat sich das Thema ohnehin erledigt. Man kann sich auch nicht vorstellen, daß der Mossad aus der Anwesenheit iranischer, jemenitischer und afghanischer Agenten auf dem Balkan auf islamistische Neigungen der UOK schließen würde, vor allem in einer Zeit, in der es erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde zu sagen, welcher Staat keine Agenten auf dem Balkan hat. Auch die

⁷⁶ Siehe: Israels Geheimdienst warnt vor Bedrohung durch UOK, in: Die Welt, 10.6.1999.

⁷⁷ Persönliche Gespräche.

Identifizierung zweier Bin Laden Leute in Tirana (nicht etwa in militärischen oder politischen Führungskreisen der UOK!) würde natürlich wenig heißen, und die Heraufbeschwörung von Bin Laden als Finanzier der UOK ist natürlich ein Vorgang, bei dem man gerne genaueres wüßte, sollte man die Meldung darüber nicht als primitive Sensationshascherei qualifizieren müssen. Ohne weiter auf den "Geheimbericht" einzugehen, soll folgendes zum Thema Albaner-Islamismus festgehalten werden: Die seriöse Balkanologie ist darüber einer Meinung, daß es kaum ein zweites Beispiel für eine von der Islamisierung erfaßte Volksgruppe gab, bei der der Islam in solchem Maß ein Oberflächenphänomen blieb wie bei den moslemischen Albanern. Anders wäre es auch nicht verständlich, warum das absolut "unfundamentalistische" Bektaschitum für die Mehrheit der moslemischen Albaner eine so große Rolle spielte.⁷⁸ Die albanischen Moslems wären mit Sicherheit eine der für islamistische Agitation ungeeignetsten Zielgruppen. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich die UOK gegenüber einigen Hilfsangeboten aus der islamischen Welt extrem zugeknöpft verhielt, um alles zu vermeiden, was zu Irritationen im Westen hätte führen können, den man als natürlichen Verbündeten ansah.⁷⁹ Tatsache ist bezüglich der UOK, daß sie sich bisher kooperativ verhalten hat, daß sie das Rambouillet-Abkommen gebilligt hat ebenso wie das "Undertaking of Demilitarisation and Transformation by the UOK" vom 20. Juni 1999.

Ein Blick auf dieses Abkommen ist angetan, den Nebel um die Entwicklung und das Ziel der UOK weitgehend zu lichten.⁸⁰ Die Schlüsselbegriffe in dem Abkommen sind "Demilitarisation" und "Transformation". Die Entmilitarisierung sieht vor, daß nach Durchlaufen mehrerer Phasen, wobei jeweils bestimmte Waffenkategorien an Sammelplätzen abgegeben werden sollen, schließlich nach 90 Tagen auch die als letzte Kategorie verbliebenen leichten automatischen Waffen abgeliefert sein sollen. Von diesem Zeitpunkt an unterstehen die Waffensammellager der ausschließlichen Kontrolle der KFOR. Ebenfalls ab diesem Zeitpunkt dürfen UOK-Angehörige keine Uniformen und/oder militärische Abzeichen mehr tragen. Im vorletzten Punkt 25 des Abkommens wird mit Blick auf eine zukünftige Transformation der UOK festgestellt: "that the international community should take due and full account of the contribution of the UOK during the Kosovo crisis and accordingly give due consideration to:

- a) Recognition that, while the UOK and its structures are in the process of transformation, it is committed to propose individual current members to participate in the administration and police forces of Kosovo, enjoying special consideration in view of the expertise they have developed.
- b) The formation of an Army in Kosovo on the lines of the US National Guard in due course as part of a political process designed to determine Kosovo's future status, taking into account the Rambouillet Accord."

⁷⁸ Vgl. dazu: Birge, John Kingsley: The Bektashi Order of Dervishes, London 1965.

⁷⁹ Persönliche Gespräche.

⁸⁰ Vgl.: <http://www.usia.gov/regional/eur/balkans/kosovo/99062099.htm>.

Damit ist klar gesagt, daß die UOK in den sicherheitsbezogenen Bereichen einer zukünftigen kosovoalbanischen Exekutivstruktur eine wesentliche Rolle spielen soll, ein Zugeständnis, das man nachgewiesenen Terroristen, Drogendealern und Islamisten wohl kaum gemacht hätte. Die oft gestellte Frage lautet in diesem Zusammenhang: Wird sich die UOK an das Abkommen halten?

Da eine Befolgung des Abkommens letztendlich den konkreten Status der UOK aufwertet - auch wenn die Bezeichnung dann z.B. "Nationalgarde" lauten wird -, ist davon auszugehen, daß dieses Abkommen im wesentlichen befolgt werden wird. Das schließt nicht aus, daß vor dem Hintergrund des gewaltigen Mißtrauens gegenüber der derzeitigen serbischen Führung einzelne Gruppierungen versucht sein könnten, sich eine gewisse Rückversicherung, etwa in Form geheimer Waffenlager, vorzubehalten. Dieses Mißtrauen könnte außerdem aber auch durch die noch nicht aufgelöste Ambivalenz in der Haltung der internationalen Gemeinschaft am Leben gehalten werden, die einerseits zwar die Möglichkeit einer kosovarischen "Nationalgarde" ins Auge faßt, gleichzeitig aber auch noch auf Rambouillet rekurriert, wo die territoriale Integrität Serbiens bzw. der Verbleib des Kosovo innerhalb des serbischen Souveränitätsbereiches noch als unveräußerlich angesehen wurde. Um die Entmilitarisierung der UOK möglichst problemlos zu gestalten, müßte gewährleistet sein, daß ein wirklich qualitativer Wechsel der serbischen Führung zusammen mit struktureller Demokratisierung stattfinden und offiziell die Möglichkeit eingeräumt wird, daß die Kosovaren einmal selber über ihre staatliche Identität entscheiden dürfen.

Hauptszenarien hinsichtlich der zukünftigen Rolle des Kosovo

Ende Juni 1999 gibt es keine jugoslawische militärische Präsenz mehr im Kosovo, es hat die Rückkehr der Hunderttausenden von Flüchtlingen eingesetzt, und es wurde mit der Entmilitarisierung der UOK auf der Basis des oben zitierten Abkommens vom 20. Juni 1999 begonnen. Die allgemeine Erwartung ist, daß mit der Erreichung der Sollstärke der KFOR von ca. 55.000 Mann dann auch erfolgreich den Ausbrüchen von gegen Serben gerichteten Racheakten Einhalt geboten und überhaupt eine allgemeine Stabilisierung der Lage erwartet werden kann. Die meisten Beobachter rechnen nichtsdestoweniger damit, daß eine mehrjährige KFOR-Präsenz erforderlich sein wird, um den Aufbau einer ausreichenden Infrastruktur und einer zivilen Verwaltung unter Bedingungen von Gewaltfreiheit garantieren zu können. Gleichsam ergänzende Erwartungen laufen auf einen politischen Wechsel in Belgrad hinaus, der in absehbarer Zeit erfolgen dürfte und seinerseits positiv auf die Stabilisierung im Kosovo wirken würde.

Das auf solchen optimistischen Annahmen basierende Szenarium sollte aber auch um einige weitere Annahmen ergänzt werden. Außerdem müßten entsprechende Modifizierungen des Szenariums wenigstens angesprochen werden.

Als weitere Annahmen könnten gelten:

1. Die "Bewegung für ein unabhängiges Montenegro"⁸¹ gewinnt ein solches Momentum, daß die Mehrheit der Montenegriner in einem Referendum für eine Sezession von Jugoslawien stimmt.
2. Aufgrund der durch die wirtschaftliche Misere Serbiens bedingten Apathie der Bevölkerung vermag das Regime Milošević politisch zu überleben.
3. Andauernde Rivalität zwischen den kosovoalbanischen Parteien führt dazu, daß der Aufbau einer Zivilverwaltung stagniert.
4. Politische Unsicherheiten in der Gesamtregion dauern an und verhindern dringend benötigte Auslandsinvestitionen.

Man könnte die Aufreihung von Faktoren und Prozessen, die das skizzierte optimistische Szenarium weitreichend verändern könnten, fast beliebig fortsetzen. Wirklich seriöse, langfristige Prognosen sind aufgrund der Komplexität der Sachverhalte schwerlich möglich. Diese Tatsache erhält einen zusätzlichen negativen Anstrich durch die Erfahrungen der 90er Jahre, die zweierlei gezeigt haben: Der Balkan ist eine europäische Region, die sich soziologisch, kulturell und politisch als ein Teil Europas erweist, der einer in höchstem Maß eigenen Logik folgt, *und* dem restlichen Europa fehlen bisher weitgehend die Kapazitäten - wirtschaftlich, politisch *und* intellektuell -, um die positive Einbindung des Balkan in den gesamteuropäischen Integrationsprozeß zu bewerkstelligen. Die schrecklichen Katastrophen, die sich seit Anfang der 90er Jahre in der Region abgespielt haben, beweisen das.

Heute, nach dem Ende des 4. Krieges, der sich auf dem Gebiet Ex-Jugoslawiens abgespielt hat, hat Europa eine neue Chance zu einem Neubeginn auf dem Balkan, und das Kosovo, das in der Region zwar nicht alles ist, ohne dessen Stabilisierung aber dort letztlich alles nichts sein wird, wird zeigen, ob Europa lernfähiger geworden ist. In diesem Sinn, nicht im Sinn des Romantischen Nationalismus, wird das Amselfeld eine tatsächlich gesamteuropäische Bedeutung haben.

⁸¹ Vgl. Monitordienst der Deutschen Welle, Osteuropa, 14.6.1999.